

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Post-
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 jeils oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 15. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Brutstätte der Reaktion.

In Süd- und Mitteldeutschland so gut wie in den nord-deutschen Hansestädten kann man wie in früheren Zeiten noch jetzt die immer mehr um sich greifende Verpreuung Deutschlands beklagen hören. In weiten Schichten der deutschen Bevölkerung weist man damit auf das stete Vordringen der Reaktion hin. Aber selbst in Preußen scheint man noch nicht mit gehöriger Klarheit begriffen zu haben, daß die preussische Reaktion ihre Kraft in allererster Linie aus den ostelbischen Gutsbezirken zieht, während der Begriff des Gutsbezirks dem nichtpreussischen Deutschen — die Mecklenburger ausgenommen — völlig fremd ist.

Mit der „Befreiung“ der Bauern in Preußen, die 1811 eingeleitet erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts zum Abschluß gelangte, ist der eigenartige Gegensatz zwischen der Dorfgemeinde und dem Gutsbezirk ins Leben getreten. Den Gutsbezirk bildet im wesentlichen der frühere Besitz des Gutsherrn vermehrt um ein volles Drittel des früheren Bauernlandes, das der Gutsherrschaft als Eigentum zufiel.

Aber neben diesem Gewinn hat die preussische Gesetzgebung gelegentlich der „Bauernbefreiung“ den Gutsherrn noch schwerwiegende Vortheile gesichert. Wir sehen ab von den Summen, welche neben der erwähnten Landabtretung für die Ablösung der alten Verpflichtungen gezahlt werden mußten und lassen nur die Vortheile ins Auge, die den Gutsherrn daraus erwachsen, daß sie nicht den Landgemeinden angehören, sondern daß ihre Besitzungen unter dem Namen „Gutsbezirk“ völlig selbständig und unabhängig gemacht wurden. Solcher Gutsbezirke wurden im Jahre 1893 in Preußen 16482 gezählt. Unter ihren Besitzern befinden sich die Familien des hohen und niederen Adels, die berüchtigten ostelbischen Junker.

Am kürzesten läßt sich für den Kenner sozialpolitischer Verhältnisse die bevorzugte Sonderstellung der Gutsbezirke durch folgenden Satz klarstellen: „Für die Gutsbezirke stehen mit den aus der Natur der Sache folgenden Rechten und Pflichten der Gemeinde zu. Insbesondere tritt er in Person oder durch einen als Stellvertreter zu bestellenden Gutsvorsteher an die Stelle des Gemeindevorstehers. Die Gemeindevertretung fällt hier fort.“ (Graf Hue de Grais, Handbuch der Verfassung und Verwaltung). Wir wollen die Folgen dieses Verhältnisses an einigen Einzelheiten auch weiteren Kreisen klar zu machen versuchen.

Als „Gemeindevorsteher“ repräsentiert der Gutsbesitzer eine öffentliche Behörde; er hat Rechte und Pflichten des mittelbaren Staatsbeamten, nicht auf Grund seiner Befähigung oder einer noch so eingegengten Wahl, sondern auf Grund des erblichen oder erkauften Besitzes. Ihm stehen in Ausübung seiner „obrigkeitlichen Gewalt“ Zwangsbefugnisse zu. Er kann Geld- oder verhältnismäßige Haftstrafe androhen oder festsetzen, freilich nur bis 5 W. oder 1 Tag Haft; er kann die Ausführung „zu erzwingender Handlungen“ durch einen Dritten auf Kosten des Anspruchsgenommenen anordnen. Unmittelbaren Zwang soll er nur „Ankerstrafen“ anwenden. Gegen seine Anordnungen und Festsetzungen ist eine Beschwerde im Aufsichtsweg mit zweiwöchentlicher Frist an den Landrath und weiter an den Regierungspräsidenten zulässig, das heißt an Männer, die öftlich der Elbe meist wieder mit den Besitzern der Gutsbezirke auf das engste zusammenhängen.)

*) Bis in die neueste Zeit hinein hatten die Gutsbesitzer auch die Ortspolizei (Straßbewachung bis 60 Mark oder 1 Woche Haft). Jetzt sind in den östlichen Provinzen (außer Posen) Amtsbezirke gebildet, innerhalb deren die Ortspolizei — möglichst im Ehrenamt — vom Amtsvorsteher verwaltet wird. Im Jahre 1876 bestanden in diesen Provinzen 6888 Amtsbezirke mit durchschnittlich je 1000 Einwohnern, resp. je 6 Gemeinden oder Gutsbezirken. 840 waren besondere Gemeinden oder Gutsbezirke. Eine Statistik würde ergeben, daß die überwiegende Mehrzahl der Amtsvorsteher ebenfalls Gutsherrn oder Angestellte von solchen sind.

Höchst bedeutend ist die Selbstherrlichkeit des Gutsherrn für die Volksschule, worauf wir noch unten zurückkommen. Hier sei nur ein charakteristischer Zug erwähnt, der zeigt, wie man gerade den als Schuttpatronen ungeeignetsten Gutsherrn regierungsfähig entgegentritt. Graf Hue de Grais schreibt: „Die Verfassung verleiht die Bethätigung der Gemeinden (bei der Anstellung der Volksschullehrer); zur Zeit kommt sie nur berechnigt vor, insbesondere hat in den östlichen Provinzen in der Regel die Ortsobrigkeit (Magistrat, Gutsherr) das Vorschlagsrecht.“

Bekanntlich ist durch Gesetz vom 1. April 1895 die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer außer Hebung gesetzt, während sie nach wie vor veranlagt wird. Die Gutsherrn haben hier einen doppelten Vortheil. Einmal bemißt sich ihr Wahlrecht sowohl für den preussischen Landtag, wie auch für die Kreisstadtwahlen nach der veranlagten, aber nicht bezahlten Steuer. Andererseits können sie von keiner Gemeinde auf Grund der Einschätzung zur Kommunalsteuer herangezogen werden, wie die sonstigen Grundbesitzer. Der Umstand, daß sie für ihren Bezirk sich die Lasten selbst aufzuwerfen haben, bewirkt nun, daß einerseits die Schule auf dem Mindestmaß des Rothwendigen gehalten wird, daß aber auch die Wege,

soweit sie nicht vom Kreis oder sonstigen Verbänden unterhalten werden, fast stets in schlechtem Zustand sind.

11346 Gutsbezirke bildeten im Jahre 1885 selbständige Ortsarmenverbände. Daß die Armenpflege, allein vom guten Willen des Gutsherrn abhängig, hier sehr schlecht ist, unterliegt keinem Zweifel.

Verfasser dieser Zeilen kennt aber Beispiele, wo von der Selbständigkeit des Gutsbezirks als Ortsarmenverband ein eigenartiger Gebrauch gemacht wird. Eines schönen Tages wird den ständigen Gutsarbeitern die Wohnung gekündigt; die Verwaltung gebrauche die Räumlichkeiten anderweitig; die Arbeiter sollten ins Dorf ziehen. Die Folge ist sehr einfach; daß die Arbeiter früher aufstehen müssen und später nach Hause kommen, ist der Gutsherrschaft gleichgültig. Sind die abgeraderten Leute aber alt und arbeitsunfähig geworden, so haben sie ihren Unterhaltungswohnsitz im Dorf und fallen der Dorfgemeinde zur Last.

Wieviel ähnliche Mißstände durch die Selbständigkeit der Gutsbezirke bedingt sind, entzieht sich der Beurtheilung. Von größtem Werth wäre es, wenn aus ländlichen Kreisen über solche Mißstände berichtet würde.

Daß die junkerliche Polizeigewalt noch schlimmer wirkt, liegt auf der Hand. Niemand außer ihnen selbst kontrollirt die gesundheitlichen Verhältnisse der Wohnungen, die denn auch häufig für Vieh zu schlecht sind — im Gegensatz zu den prächtigen herrschaftlichen Ställen. Die ganze Härte der Gefinde-Ordnung — und unter ihren Paragraphen senkt außer dem eigentlichen Gefinde etwa ein Viertel aller Landarbeiter — tritt erst in den Gutsbezirken in die Erscheinung, wo der Arbeitgeber oder sein Angestellter als Polizeiorgan das Recht vorläufiger Entscheidung und zwangsweiser Vollstreckung hat.

Nit vollem Recht schrieb ein Berliner Universitätslehrer im Jahre 1894:

„Die Lage der ländlichen Bevölkerung in diesen Kreisen ist geradezu unwürdig und die Verwaltung ist schlecht. Namentlich auf dem Gebiete der Schule ist die einzige Richtschnur für die Verwaltung die, daß die Höhe der Schullast nicht über das Maß des unbedingt notwendigen steige. Statt daß die Gutsbesitzer eine gewisse Stellung in dem Verwaltungsleben der ländlichen Bevölkerung einnehmen sollten, sind sie und ihre Gutsbezirke gerade das retardirende Element in der heutigen preussischen Schulentwicklung. Wenn die Anschauungen über das, was man von einer Schule zu verlangen hat, so erbärmlich niedrig gesunken sind, so sind daran zu einem erheblichen Theil die Gutsbezirke schuld, in denen Wohl und Wehe der Schule in die Hände einer Gesellschaftsklasse gelegt ist, welche um der eigenen Kinder willen an der Volksschule gar kein Interesse hat und deren gesellschaftlicher Einfluß stark genug ist, um ihren Anschauungen bis in die höchsten Kreise hinaus bewußt oder unbewußt Nachdruck zu gewähren. In den Gutsbezirken, in denen die Bevölkerung niemals mit Gemeinde-Angelegenheiten befaßt wird, niemals den Werthgemeinsamer Verwaltungstätigkeit kennen lernt, da wird der Geist groß gezogen, welcher in den einen die Anschauung aufkommen läßt, als ob sie zum Herrschen geboren wären, und in den andern das dumpfe Dahinleben in politischer Verzerrung, welche es als natürlich betrachtet, am Tage der Wahl den Stimmzettel abzugeben, den der gnädige Herr in die Hand drückt.“

Hier haben wir es in der That mit einem mächtigen Ueberrest des alten Feudalismus zu thun, der im Interesse des gesammten deutschen Volkes so schnell als möglich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßte! Aber die Macht des ostelbischen Junkerthums und seiner Verbündeten ist groß; nicht nur das preussische Herrenhaus ist seine Domäne, — nein, im bisherigen preussischen Abgeordnetenhaus fehlten ihm nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität. Im Herbst finden Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus statt, — ein Ereigniß, das für ganz Deutschland von allerhöchster Bedeutung ist. Erhält die agrarisch-junkerliche Alique die Majorität, so wird eine Verstärkung der Reaktion in Preußen plangreifen, die auch auf die Entwicklung der Dinge im Reich nicht ohne Einfluß bleiben kann. Hier wäre Gelegenheit für den fast todt schreienden Liberalismus, sein Leben zu beweisen! Hier stört ihn kein Kampf nach links — hier verschwinden die Gegensätze in Heer- und Marinefragen, die sonst den liberalen Gruppen untereinander als Kampfpel dienten! Wird der Liberalismus sich noch einmal aufschwingen? Wir wollen es abwarten.

Cavaignac's Diktatur.

Paris, 13. Juli.

Die „Oberhoheit der Zivilgewalt“ des Ministeriums Brissou feiert immer glänzendere Triumphe. Ministerium Brissou kann man noch die neue Regierung mit dem Namen ihres offiziellen Hauptes bezeichnen? Brissou, der „unbeugsame Republikaner“, ist nur noch ein Strohhalm, ein jämmerliches Spielzeug in der Hand des Kriegsministers Cavaignac, der seinerseits, trotz eines Generals Willen, ein schneidiges Werkzeug des Generalstabes ist.

Die Zeit ist noch nicht gekommen, um die inneren Beweggründe der Handlungen Cavaignac's mit Sicherheit zu erkennen. Ist er ein beschränkter „patriotischer“ Fanatiker? Handelt er aus wüstem

persönlichem Ehrgeiz, eine Eigenschaft, mit der ihn die Natur in ungeheurer Verhältniß zu seinen Fähigkeiten und seiner Intelligenz bedacht hat? Genug, er ist zur Stunde thätig als Diktator.

Ein würdiger Sohn seines Vaters, des Jungstüchters General Cavaignac, hat er mit einem Schläge die Willkürakte des Kabinetts Meline ganz in den Schatten gestellt. Man wußte zwar aus alter Erfahrung, daß ein zur Ministerwürde gelangter Radikaler keineswegs ein radikaler Minister ist. Aber das Willkürregiment eines Reaktionsären wie Meline, von einem Radikalen übertroffen — das ist denn doch zu stark!...

Unter Meline wurde Oberst Picquart auf das Drängen des Generalstabes und dessen Prokureure vor einen militärischen Disziplinarrath verwiesen. Der im geheimen richtende Rath hat beim besten Willen die schuldlosen Offiziere nur mit dem Ausschluß aus der Armee bestrafen können. Man hat es damals nicht gewagt, Picquart kriegsrechtlich oder — nach dessen Ausschluß aus der Armee — zivilgerichtlich zu verfolgen. Cavaignac aber hat es gewagt. Und der Grund, d. h. der Vorwand der Verfolgung? Picquart wird nun wegen desselben angeblichen Vergehens dem Justizpolizeigericht überliefert, über welches der Disziplinarrath bereits zu Gericht gesessen hat! Der alte juristische Grundsatz: non bis in idem (nicht für eine Sache zweimal strafen) ist unter Cavaignac's Diktatur abgeschafft.

Unter Meline hat die Militärjustiz die kategorische Vorschrift des Untersuchungsobers mit Füßen getreten, indem sie Picquart in dessen Abwesenheit behausucht. Unter Cavaignac ist es die ordentliche Ziviljustiz, welche denselben Gesetzesbruch verübt. In Picquart's Wohnung wurde gestern wiederum in dessen Abwesenheit gehausucht.

Unter Meline wurde Leblois, der Freund und Rechtsanwält Picquart's, bloß gemahregelt durch seine Amtsentsetzung als Bürgermeister-Adjunkt. Cavaignac läßt ihn als „Mitschuldigen“ Picquart's gerichtlich verfolgen.

Es wurde bereits bemerkt, daß der angerufene Grund der Verfolgung, die „Mittheilung von Dokumenten, die die äußere Sicherheit des Staates betreffen, an eine unbefugte Person“, ein bloßer Vorwand ist. Schon die Thatfache, daß Picquart seinerzeit nicht vor ein Kriegsgericht verwiesen wurde, zeigt hinlänglich, daß der von neuem erhobenen Anklage absolut nichts zu Grunde liegt. Außerdem aber ist die Anklage auch deshalb hinfällig, weil es sich nur um dieselben „Dokumente“ handelt, welche am 7. Juli von Cavaignac in offener Kammer an die ganze „unbefugte“ zivilisirte Welt mitgetheilt wurden. Und diese Dokumente, deren Ungefährlichkeit für die Staatssicherheit Cavaignac selber betonte, sollen nun auf einmal Staatsgeheimnisse geworden sein! Zu alledem kommt noch, daß Oberst Henry, der Nachfolger Picquart's im Informationsbureau des Kriegsministeriums, während des Prozesses Jola in öffentlicher Sitzung des Schwurgerichts das eine der betreffenden Dokumente („Canaille von D.“) besprach, während General de Pellieux ebenfalls vor dem Schwurgericht das zweite „Dokument“ (die Fälschung mit dem vollen Namen Drehsus) der Öffentlichkeit preisgab. Warum werden also mit Picquart nicht zugleich Oberst Henry, General de Pellieux und Cavaignac wegen „Landesverraths“ verfolgt? Man weiß wirklich nicht, ob man sich über die brutale Willkür entrüsten oder über die Blödigkeit des Vorgehens lächeln soll.

Der wahre und einzige Grund der Anklage gegen Picquart und Leblois ist des ersteren muthiger Brief an Brisson, worin er sich erboten hat, den Nachweis vor Gericht zu liefern, daß die von Cavaignac in der Kammer verlesenen zwei Schriftstücke mit dem Anfangsbuchstaben D. auf Drehsus nicht anwendbar seien und daß das „entscheidende“ Dokument mit dem vollen Namen des Drehsus eine Fälschung sei. Daher die raschschwebenden Artikel der Generalstabspresse, welche die sofortige Verhaftung Picquart's forderte, damit die öffentlich angeschlagene Rede Cavaignac's, wie der „Gaulois“ zynisch schrieb, nicht durch Picquart's Brief „annullirt“ wird. Daher der Gewaltstreik Cavaignac's.

Der naive Picquart! Er hatte sich vertrauensvoll an den „guten Glauben“ Brisson's und sogar Cavaignac's gewendet. Die „gutgläubigen“ Minister antworteten mit der Anbelung des Namens, der vielleicht allein im stande ist, die Wahrheit an den Tag zu bringen!...

Daß diese Unthat jedermann die letzten Zweifel an der rechtlichen und thatsächlichen Seite des Justizmordes nehmen muß, stimmt Cavaignac und seine Auftraggeber nicht. Seit langen Monaten schon handelt es sich für den militärischen Künigle einzig und allein darum, den grob-materiellen „Sieg“ davonzutragen, die unbedeutenen Zeugen und Protestler zu beseitigen, zu knebeln.

Wird dieses Treiben noch lange dauern? Was werden die letzten Konsequenzen davon sein? Jedenfalls ist es nicht die Kammer, die der militärischen Diktatur in den Weg treten wird. Die gestrige Kammermehrung ist ein neuer Beweis dafür.

Es hat sich nämlich endlich ein sozialistischer Abgeordneter gefunden, der neugewählte Journière, um die Regierung wegen des Picquart'schen Dementis und der Anklage gegen Picquart zur Rede zu stellen. Aber mit 402 gegen bloß 24 Stimmen wurde auf Verlangen Cavaignac's der Interpellation geknebelt. Die Verjaagung der Interpellation „auf einen Monat“ ist eine groteske Formel, da die Kammer alsbald in die dreimonatlichen Sommerferien geht.

Unter den 24 Abgeordneten, welche gegen Cavaignac's Gewaltstreik, wenigstens indirekt protestirten, befanden sich nur 19 Sozialisten und 5 Radikale. 14 Mitglieder der sozialistischen Fraktion, fast sämmtlich Gewerbeten, stimmten für die Anbelung des sozialistischen Interpellanten, die übrigen fünf Fraktionsmitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Demnach kann natürlich von einem Protest der sozialistischen Kammerfraktion gegen Cavaignac's Diktatur nicht die Rede sein. Die Ehre des Protestes verbleibt den wenigen Zeitungen, darunter die sozialistische „Petite République“, die bereits seit Monaten unerschrocken den Kampf ums Recht führen. Wahrheitslieblich ist ferner ein kollektiver Protest der neulich gegründeten „Ligue der Menschenrechte“, an deren Spitze der gemäßigtere Senator Trarieux nebst berühmten Gelehrten, wie Duclaux, Fabet und Paul Mezerliet. Der „Eclaire“ eröffnet eine Geldsammlung für den öffentlichen Anschlag in ganz Frankreich folgender Schrift:

...des Biefes von Biquart an Briffon, des Biefes des Dreifus...
...in der That eine vernichtende Antwort auf den öffentlichen Anschlag der Rede Cabaignac's...

Der öffentliche Anschlag dieser Dokumente wäre in der That eine vernichtende Antwort auf den öffentlichen Anschlag der Rede Cabaignac's...

Ueber die Gründe der plötzlichen Verhaftung Esterhazy's...
...die mit der Dreifus-Affäre nichts gemein hat.

Bei alledem ist morgen der 14. Juli, die Nationalfeier des Jahrestages der Erklärung der Bastille...
...wieder aufgerichtet hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juli.

Deutsches Reich.

Die Bedeutung des Erfolges der Sozialdemokratie bei den diesjährigen Reichstagswahlen wird überall im Auslande anerkannt...
...die Stabilität des Wahsthum's hervorgehoben, welche die Lebensdauer der sozialdemokratischen Partei verbringe.

Deutsch-Verbinden? Einen sonderbaren Vorschlag macht Herr v. Waltershausen in seiner von uns schon besprochenen Schrift über „Deutschland und die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten“...
...die Inseln bereits den Vereinigten Staaten angeboten worden; der vereinbarte Vertrag habe jedoch im Washingtoner Senat keinen Anklang gefunden.

So ganz zweifellos will und das Letztere nicht scheinen, und unserm Wissen ist es überhaupt ein Fremdum, daß die erwähnten Unterhandlungen seinerzeit von Dänemark ausgegangen seien...
...der im Senat jedoch unerledigt liegen blieb.

Man sieht daraus, daß der Union die Inseln durchaus nicht so völlig gleichgültig waren, wie es nach v. Waltershausen scheinen könnte...
...die Abstimmung fand auch statt und fiel zu Gunsten der Vereinigten Staaten aus.

Sympathien für Amerika macht die „Kreuz-Zeitung“ in den letzten Blättern zum Vorwurf...
...die Amerikaner jetzt begehen, entstanden ist.

Die ganze Litanei der „Kreuz-Ztg.“ zeigt, wie unbehaglich es dem Blatte wird, daß das alte Spanien von dem jungen Amerika über den Haufen geworfen wird...
...hine illas lacrymas, daher jene Thränen der „Kreuz-Zeitung“.

Zu den Landtagswahlen in der Provinz Posen. Die „Freisinnige Zeitung“ weist dem „Vorwärts“ vor, er habe „mangels neuen thatsächlichen Materials“ allerhand „alle Kamellen“ aufgewirmt...
...und das ist auch geschehen.

Offenbar ist es Herrn Richter doch etwas unangenehm, wenn er oder die Leser der „Frei. Ztg.“ an dieses Bromberger Vorkommniß erinnert werden...
...Am 15. Februar v. J. schrieb die „Frei. Ztg.“:

In Bromberg wurde in einer konservativen Versammlung nach der „Vollst.“ vorgeschlagen, ungeachtet des nationalliberalen Widerstands den Gutsbesitzer Meysenburger als Kandidaten aufzustellen...
...der letzte von uns gepöbelte Zusatz giebt unverkennbar die damalige persönliche Auffassung des Parteichefs selber wieder.

Am 18. Mai er. aber lesen wir in derselben „Freisinnigen Zeitung“:
...während von den drei Landtagsmandaten die konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen je ein Mandat besaßen.

Der Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend die Sicherung der Bauhandwerker bildet seit längerer Zeit den Gegenstand der Vorarbeiten im Reichsjustizamt...
...während von den drei Landtagsmandaten die konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen je ein Mandat besaßen.

Zur Verstaatlichung der Privatpost-Anstalten schreibt die „Korrb. Allg. Ztg.“: Die Verhandlungen des Reichs-Parlamentes mit den verschiedenen Privat-Postanstalten bezüglich der ihnen zu gewährenden Entschädigungen...
...selbst nicht mittheilen. Dies wäre aber das Richtige.

Ueber die wirtschaftlichen Rückwirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges auf Deutschland hat der Geschäftsführer des Vereins der Industriellen im Regierungsbezirk Köln einen Bericht verfaßt...
...die in letzterer hat die unsichere politische Lage, in Verbindung mit der verringerten Kaufkraft des Landes und mit der geschwächten Zahlungsfähigkeit des Kaufmannsstandes, eine völlige Störung im Ablauf von Geschäften zur Folge gehabt.

Die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ war von jeher wegen ihrer kläglichen geistigen Hilflosigkeit der Liebling unferer Diplomatiker...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation. Auch wir empfehlen diese Bekannte der zuständigen Stelle, das heißt dem „Bladderdatisch“, zur Beachtung.

Die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation. Auch wir empfehlen diese Bekannte der zuständigen Stelle, das heißt dem „Bladderdatisch“, zur Beachtung.

Die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation. Auch wir empfehlen diese Bekannte der zuständigen Stelle, das heißt dem „Bladderdatisch“, zur Beachtung.

Die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation. Auch wir empfehlen diese Bekannte der zuständigen Stelle, das heißt dem „Bladderdatisch“, zur Beachtung.

Die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation. Auch wir empfehlen diese Bekannte der zuständigen Stelle, das heißt dem „Bladderdatisch“, zur Beachtung.

Die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation. Auch wir empfehlen diese Bekannte der zuständigen Stelle, das heißt dem „Bladderdatisch“, zur Beachtung.

Bündler und Konservative. Ueber das Verhältnis dieser beiden feindlichen Wälder untereinander werden der „Kölnischen Volksztg.“ folgende, die Situation richtig beleuchtende Bemerkungen geschrieben:

Wahrscheinlich werden die Bündler in der neugebildeten konservativen Reichstags-Fraktion noch weniger zu bedeuten haben, als in der alten, die Herrn v. Bloch so selten zu Wort kommen ließ...
...die Leiter des Bundes hanteln.

Die Pfaffen haben dem Landbunde manch' schöne Gaben Fortunae nicht mit in die Wiege gelegt; ganz besonders aber nicht die Eigenschaft, sich beliebt zu machen und sich Freunde zu erwerben...
...und weiter schließt die Zuschrift recht drastisch die Pfaffenzerren der Bündler:

Einweilen läßt allerdings der Bund sich durch kein Mißgeschick in seinen Großsprechereien tören. Man kann wohl sagen, daß, je schlechter es ihm geht, sich gerade in ungelegenen Verhältnissen seine Nonnenmischel auhert...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Die „Wahlschwänzer“ haben es den Ordnungsparteilern angethan. Ja wenn die Herren Konservativen und Bündler alle Wahlberechtigten, die der Wahlurne fern blieben, für sich rechnen könnten, wie schön das wäre...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Belamitlich werden die Wählerlisten öffentlich ausgelegt und in der Regel von den Parteien abgeschrieben, damit die Abschriften am Wahltag zur Kontrolle der Wähler verwendet werden können...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Ein rehabilitierter Orlschulze. Der Schulze Lude in Pommern ist ein alter Anhänger des Freisinn's. Trotzdem wurde, weil die „Mathenower Zeitung“ mit, nach der Reichstagswahl von 1890 von dem Landrath v. Loebell gegen ihn ein Disziplinarverfahren eröffnet, weil es hieß, Lude sei Sozialdemokrat...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Ein schwerer polizeilicher Mißgriff ist in Dassel Dorf passiert. Dort hat infolge einer Namensverwechslung ein Schloffer 20 Stunden im Gefängniß sitzen müssen...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Ein schwerer polizeilicher Mißgriff ist in Dassel Dorf passiert. Dort hat infolge einer Namensverwechslung ein Schloffer 20 Stunden im Gefängniß sitzen müssen...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Ein schwerer polizeilicher Mißgriff ist in Dassel Dorf passiert. Dort hat infolge einer Namensverwechslung ein Schloffer 20 Stunden im Gefängniß sitzen müssen...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Ein schwerer polizeilicher Mißgriff ist in Dassel Dorf passiert. Dort hat infolge einer Namensverwechslung ein Schloffer 20 Stunden im Gefängniß sitzen müssen...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

Ein schwerer polizeilicher Mißgriff ist in Dassel Dorf passiert. Dort hat infolge einer Namensverwechslung ein Schloffer 20 Stunden im Gefängniß sitzen müssen...
...die so außerordentlich empfohlene Gesellschaft betreibt — Margarinefabrikation.

eingespart. Seine Verbesserungen, er sei unerschuldig, fanden kein Gehör, und sein Verlangen, dem Untersuchungsrichter vorgeführt zu werden, wurde geschicklicherweise erst am Morgen des dritten Tages erfüllt, während die Vorführung nach den gesetzlichen Bestimmungen innerhalb 24 Stunden nach der Verhaftung hätte erfolgen müssen. Dort stellte sich heraus, daß der Polizei ein Verhör in bezug auf den sehr häufigen, im Adreßbuch 51 Mal stehenden, Namen Johann Schmitt untergelaufen war.

Zum Kampfe gegen die kaufmännischen Großbetriebe. Der Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen setzte in seiner letzten Hauptversammlung in Düsseldorf einen aus 14 Vertretern des Textil-Kleinhandels bestehenden Ausschuss ein, der Maßnahmen gegen die Großbetriebe ermitteln sollte. Dieser Ausschuss ist zu folgenden Beschlüssen gelangt: 1. Großbetriebe sollen mit einer Sondersteuer belegt werden. Unter Großbetriebe sind Geschäfte zu verstehen, die alle möglichen, nicht zusammengehörenden Artikel führen (zum Beispiel Manufaktur, Kurz-, Ennalle-, Korb-, Porzellan- und Glaswaren, Schuhe und Stiefel, Möbel, Wäcker und Musikalien, Küchengeräte, Christbaumzweige, Lebens- und Genussmittel etc.) und die durch die Anzahl ihrer Angestellten und den Umfang ihrer Verkaufsräume die Merkmale eines Großbetriebes an sich tragen. Führt jemand zwar einzelne dieser, jedoch ihren Wesen nach einen bestimmten Warenzweig darstellenden Artikel, so ist darin noch nicht das Merkmal eines Großbetriebes zu erblicken. 2. Wenn jemand in einer Stadt außer dem Hauptgeschäft 3 bis 5 Filialen errichtet, so sollen diese von der Gemeinde mit einer progressiven Steuer belegt werden. Zweigstellen auswärtiger Detailgeschäfte sollen ebenfalls von der Gemeinde mit einer Sondersteuer belegt werden. Es ist wünschenswert, diese Steuer nach der Anzahl der im Lande bestehenden Zweigstellen des Mutterhauses progressiv zu gestalten. Der letzte Vorschlag soll zur Einschränkung des Firmennetzes dienen. Erfolgt die Übertragung eines Geschäfts, das noch nicht sechs Jahre besteht, so ist die alte Firma zu löschen. Die neu einzutragende Firma muß den Namen des neuen Inhabers führen. Nimmt die Firma einen oder mehrere Teilhaber auf, so muß der Name des oder der hinzutretenden Teilhaber in der Firma zum Ausdruck kommen. Ausgenommen sind in beiden Fällen Firmen, die an direkte Erben übergeben. Jede Verzeigerung, die sich auf die frühere Firma bezieht, ist verboten. Sterbefall oder Arbeitsunfähigkeit des Geschäftsinhabers oder solcher Familienangehörigen, deren Fehlen die Fortführung des Geschäfts erschweren würde, hebt diese Bestimmungen auf.

Der Handel Hamburgs. In einem umfangreichen Bande liegen die im handelsstatistischen Bureau Hamburgs aufgestellten tabellarischen Uebersichten des hamburgischen Handels im Jahre 1897 vor. Die mitgetheilten Zahlen lassen erkennen, daß der Handel Hamburgs auch in dem verflochtenen Jahre sich in auffälliger Mäßigkeit bewegt hat. Die Seeschiffahrt weist im Vergleich zu dem Vorjahre für die angekommenen Schiffe eine Zunahme von 10 477 auf 11 178 auf, deren Tonnengehalt 6,7 Mill. To. betrug gegen 6,4 Mill. To. im Vorjahre. Bei den abgegangenen Schiffen ist eine Zunahme von 2045 auf 3367 erfolgt; der Tonnengehalt stieg von 4,3 Mill. To. auf 4,6 Mill. To. Interessant ist eine Vergleichung der Bismarck für 1897 mit denen der früheren Jahre. Die Statistik reicht bis 1846 zurück. In diesem Jahre gingen 3763 Seeschiffe mit 461 770 To. ein und 3769 Seeschiffe mit 460 073 To. aus. In den 51 Jahren hat sich demnach die Zahl der ein- und ausgegangenen Seeschiffe mehr als verdreifacht, die Tonnagezahl aber um das 14- bis 15fache gehoben. Bei der Rückkehr der Schiffe von der Fahrtzeit von 4364 bez. 4087 in 1846 auf 16 599 bez. 16 670 in 1897; der Tonnengehalt wies 1846 827 942 bez. 235 924 To. auf, 1897 dagegen 3,85 Mill. bez. 3,87 Mill. To. Das Gewicht der Einfuhr ist seit 1851 von 10,7 Mill. Doppelpennern auf 122,0 Mill. D. B. gestiegen, das der Ausfuhr von 6,8 Mill. D. B. auf 79,4 Mill. D. B. Der Werth der Einfuhr betrug 1851 515 Mill. Mark, 1897 dagegen 3026 Mill. Mark; der Werth der Ausfuhr ist von 405 Mill. Mark in 1851 auf 2693 Mill. Mark gestiegen.

Vom Heilbronner Kravall. Der Untersuchungsrichter vom Landgericht Heilbronn, so wird uns von dort mitgeteilt, ersucht jetzt durch eine öffentliche Anzeige jedermann, der über das Thun und Treiben der wegen der Unruhen vom 24. und 25. Juni in Untersuchung und Haft Befindlichen an diesen Tagen etwas aussagen kann, dies zu thun. Da muß es ja um die Beweismittel zu einem „erfolgreichen“ Prozeß herzlich schlecht stehen.

Schweiz.

Bürch, 12. Juli. (Gg. Ber.) Der hiesige Große Stadtrath führte in zwei Sitzungen die Generaldebatte über den Bericht seiner Kommission betreffend die stadttrathliche Arbeitslosen-Versicherungsvorlage zu Ende und lehnte sodann das Eintritten in die Einzeldebatte mit 54 gegen 42 Stimmen ab. Damit ist die Sache für jetzt abgefallen, aber nicht für immer und über kurz oder lang wird sie wieder zur Diskussion stehen. Die Verwerfung durch die Mehrheit des Großen Stadtrathes beweist natürlich gegen die Zweckmäßigkeit und Veredlung des Projekts gar nichts, sondern nur das eine, daß die Arbeiterschaft noch nicht ihrer Stärke und Bedeutung gemäß in dieser Behörde vertreten ist. Aus den Verhandlungen erwähnen wir das Bedauern des konservativen Kommissionsreferenten Sigel-Burkhard darüber, daß die Berufsorganisationen der Meister und Arbeiter noch nicht so weit ausgebildet sind, um auf sie die Arbeitslosen-Versicherung stützen zu können. Von den Gegnern, Unternehmern und ihren Anwälten sowie Demokraten, die plötzlich manchesterliche Anwandlungen bekamen, wurde wieder die längst abgebrauchte Phrase von der „Bedrohung der individuellen Freiheit“ ins Feld geführt und sodann weiter angeführt, daß nur die unthätigen Arbeiter beschäftigungslos würden. Die Versicherung würde nur die schlechten Arbeiter des Auslandes anziehen und dadurch unseren Arbeitern Konkurrenz gemacht. Der gleiche Redner erklärte auch: „Es ist leider Thatsache, daß die einheimischen Arbeiter wenig zu qualifizierter Arbeit geeignet sind“. Das ist keine Thatsache, sondern Lüge. Für die Vorlage sprechen recht gut unsere Genossen Greulich, Lang und Seidel, sowie einige Demokraten. Ersterer sagte, solange die Gemeinde noch keine Altersgesellschaft ist, solange ist es ihre Pflicht, für ihre Angehörigen Vorsorge zu treffen. Das alte Lied von der persönlichen Freiheit würde immer gelungen, wenn es sich um den Schatz der Arbeiter handelte. Hätte man sich daran gelehrt, dann müßten unsere Kinder heute noch 12 bis 14 Stunden arbeiten. Man will die Arbeitslosen-Versicherung nicht, aber statt dies ehrlich zu sagen, macht man alle möglichen Ausflüchte.

Ungarn.

Budapest, 14. Juli. Heute wurde die Zollengruppe unter großer Theilnahme aller interessirten Kreise eröffnet. Der Handelsminister Baron Daniel erklärte, die Regierung halte es entsprechend den Interessen des Landes, die Zoll- und Handels-gemeinschaft mit Oesterreich in der Weise ausrecht zu erhalten, daß die wirtschaftlichen Interessen des Landes ihre volle Würdigung finden. Um diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen, werde die Regierung in Zukunft alles Nützliche verfügen. Sollte dieses Bündniß nicht zu Stande kommen, wie das Landesinteresse es erfordere, so sollen die Vorbedingungen dafür geschaffen werden, daß das Selbstverfügungsrecht des Landes gewahrt werden könne. Der Minister erklärte ferner, daß die vorliegenden Daten vollkommen zuverlässig und ausreichend seien, um für weitere Verfügungen zur Grundlage zu dienen. Ferner betonte der Minister, daß der vorliegende Zolltarif ein Werk von Fachmännern sei. Die Regierung habe diesem Werk gegenüber noch keine Stellung genommen. Sie wünsche freie Meinungsäußerung der Enquete. Dem Entwurfe lägen übrigens nur Maximaltarife zu Grunde, die in Wirklichkeit gewöhnlich nicht eingeführt würden. Die Auffassung, der Tarif sei gegen Oesterreich gerichtet, sei unzutreffend. Der Tarif bilde nur die Grundlage für die Einleitung der Verhandlungen. Wenn auch das gemeinsame Zollgebiet aufhören werde, so müsse man doch mit Oesterreich einen Vertrag schließen, der auf Gegenseitigkeit beruhe.

Frankreich.

Einem Bruch in der sozialistischen Fraktion anlässlich der Drehfus-Sache meldet das Wolffsche Telegraphenbureau. Hoffen wir, wenn sich diese Nachricht bewahrheitet, daß wenigstens ein Weg der Wiedervereinigung gefunden werde.

Paris, 13. Juli. Der Senat nahm den Gesetzentwurf, betreffend die direkte Besteuerung, an. Nachdem Finanzminister Delcort das Dekret, betreffend den Schluß der Session, verlesen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 13. Juli. Picquart verließ am Nachmittag sein Domizil bei Trarieux, um sich in den Justizpalast zu begeben, wo er mit Leblois zusammentraf. Picquart und Leblois wurden einzeln vernommen. Bei Picquart wurde heute Vormittag Hausdurchsuchung gehalten. Zahlreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Der Untersuchungsrichter Fabre, welcher den Oberst Picquart in Gegenwart des Verteidigers Labori verhörte, fragte Picquart, ob er einwillige, über die Anklagen vernommen zu werden, ohne daß Labori hiervon Kenntniß nehme. Picquart vertweigerte dies, worauf der Richter seine Verhaftung verfügte.

Picquart wird nach dem Gefängniß de la Santé gebracht werden. Die Verfolgung geschieht auf Grund des Spionage-gesetzes.

Paris, 13. Juli. Esterhazy wurde auf Veranlassung des Untersuchungsrichters verhaftet unter der Anschuldigung der Fälschung und der Verwendung gefälschter Schriftstücke. Die Verfolgung hängt zusammen mit den Telegrammen, welche seinerzeit an Oberst Picquart gesandt wurden und „Speranza“ gezeichnet waren.

Paris, 13. Juli. Unter dem Titel „Appell an die öffentliche Meinung“ veröffentlicht das Blatt „Siecle“ im Namen der Liga für die Vertheidigung des Menschen- und Bürgerrechte einen Protest gegen die Verhaftung des Obersten Picquart. Unter den Personen, welche den Aufruf unterzeichnet haben, befinden sich Trarieux, Yves Guioy, mehrere Senatoren, mehrere Mitglieder des Instituts de France, Schriftsteller u. s. w.

Paris, 14. Juli. Dem „Journal“ zufolge soll der Justizminister Sarrien entschlossen sein, die Helfershelfer in den Intrigen der Drehfus-Affäre zur Rechenschaft zu ziehen. Der Freitag werde Uebersetzungen bringen.

Paris, 14. Juli. Wie nun bekannt wird, war Oberst Picquart derjenige, der dem Kriegsgericht bei der Verhandlung gegen Drehfus im Auftrage des Kriegsministers die geheimen Schriftstücke vorgelegt hatte, auf Grund deren Drehfus verurtheilt wurde. Da nun mehrere dieser geheimen Aktenstücke verschwunden sind, nimmt man an, daß Picquart dieselben an sich genommen hat. Deshalb erfolgte auch vorgerichtet die Hausdurchsuchung bei ihm.

Paris, 14. Juli. Anlässlich des heutigen Nationalfestes sind Straßen und Denkmäler mit Fahnen geschmückt. Mehrere patriotische Vereine machten den üblichen Umgang zur Strahburg-Statue, dem Jeanne d'Arc- und Gambetta-Denkmal und legten dieselben Kränze nieder. Es fand kein Zwischenfall statt.

Italien.

Rom, 12. Juli. (Gg. Ber.) Unser Berichterstatter schreibt uns: Der Prozeß gegen die Deputirten Turati, Morgari und De Andreis wird nächste Woche vor dem Kriegsgericht in Mailand beginnen, nachdem die Kammer die Inzornen begeben hat, ihre Mitglieder der Militärjustiz auszuliefern. Nachher wird man ungefähr dreißig republikanischen und sozialistischen Journalisten, die in die Schweiz geflüchtet sind, den Prozeß machen — in Abwesenheit.

In Deutschland habt Ihr eine lex Atrons bekommen. Wir haben schon längst ein solches Gesetz. Oder richtiger wir haben die Wirkungen ohne Gesetz. Drei Professoren der Universität, Eleocotti, Panebrians und Fabio Luzzato, sowie der Universitäts-Assistent Dr. Georg Levi sind schon von dem vorigen Unterrichtsminister Senator Cremona — bloß weil sie außerhalb der Höräle sich als Sozialisten bekannt haben, gemahregelt worden.

Selbst die „Tribuna“, ein Regierungsblatt, protestirt gegen diese Maßregelung und fragt, ob der neue Unterrichtsminister diesen Angriff auf die Lehrfreiheit billigen werde?

Unsere Freunde Vissolati und Costa sind infolge des Kammerentwurfs vom Sonnabend in Freiheit gesetzt worden.

In Turin hat am Sonntag eine Nachwahl stattgefunden in dem Kreise, der bisher durch den jetzt verstorbenen Kriegsminister Brin besetzt war. Trotz des Ausnahmegesetzes und der brutalen Gewaltmaßregeln, die gegenwärtig in Italien gegen unsere Partei in Anwendung kommen, trotzdem eine Wahlagitacion unsererseits fast gar nicht stattfinden konnte — Ferris wurde daran verhindert, Wählreden zu gunsten unseres Kandidaten zu halten —, brachten wir es doch auf 865 Stimmen, während die beiden Gegner 589 resp. 507 Stimmen erhielten. Im Jahre 1895 waren auf unsere zwei Protest-Kandidaten, die sich damals im Gefängniß befanden, 372, im Jahre 1897: 457 Stimmen abgegeben worden. Zwischen unserem Genossen De Amicis und dem Konservativen hat Stichwahl stattgefunden, bei welcher die Aussichten für uns nicht schlechte sind.

England.

London, 13. Juli. Bei der Parlamentswahl in Gradeford wurde Hyder (Unionist) mit 2327 Stimmen gewählt. Der Radikale Runciman erhielt 1056 Stimmen. Hyder tritt an Stelle des Unionisten Palmer, der zurückgetreten ist. Die unionistische Mehrheit ist jedoch bedeutend zurückgegangen.

Rußland.

Petersburg, 14. Juli. Die „Nowoje Wremja“ meldet, amtlich werde die Nachricht, Port Arthur sei als Deportationsort in Aussicht genommen, für falsch erklärt.

Türkei.

Der französisch-türkische Konflikt. Einer Depesche aus Konstantinopel zufolge hat die Pforte die Reklamationen der französischen Botschaft dahin beantwortet, daß sie jede Verantwortung für die armenischen Massakres ablehne. Die französische Regierung hat daraufhin sofort Einspruch gegen die Auszahlung der griechisch-türkischen Kriegsschuldung bis zur Höhe der von ihr zu fordernden Summe erhoben.

Afrika.

Agter, 14. Juli. Nach Beendigung des anlässlich des Nationalfestes gestern stattgehabten Jodeluges zertrümmerte ein Trupp die Schaufenster in verschiedenen jüdischen Geschäften. Die Truppen zerstreuten die Manifestanten, fünf Verhaftungen wurden vorgenommen.

Partei-Nachrichten.

Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der, dem Beschlusse des Hamburger Parteitags entsprechend, in Stuttgart tagen wird, wird in der Woche vom 8. bis 9. Oktober stattfinden. Alle näheren Bekanntmachungen werden rechtzeitig veröffentlicht werden.

In eigener Sache. Ein Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ will den „Vorwärts“ für den Verlust des zweiten und fünften Berliner Wahlkreises verantwortlich machen. Es fällt uns nicht ein, sagen zu wollen, daß nicht Fehler in Berlin gemacht seien und daß der „Vorwärts“ nicht verbesserungsfähig sei. Aber die Kritik des Artikelverfassers der „S. A. Ztg.“ ist durcheinander verflocht und werthlos.

Die Urachen, welche das Berliner Wahlergebnis herbeiführt haben, wie überhaupt die Ursachen für die verschiedenartige Gestaltung des Wahlergebnisses in den verschiedenen Landes- und Städte- und nicht so einfach gefunden, wie sich der Dresdener Kritiker diese Aufgabe macht, indem er kurzweg dem Parteiblatt die Schuld beimißt. Es wäre doch wunderbar, daß die Berliner Parteigenossen, welche sicherlich die Dinge ein wenig besser kennen als der Verfasser

der betr. Artikel der „S. A. Ztg.“, nicht auch schon längst zu der Entscheidung hätten kommen sollen, welche jener Parteigenosse da gemacht zu haben glaubt.

Ein einfacher Hinweis genügt, um jene Kritik in ihrer völligen Unbilligkeit zu erweisen. Will die „S. A. Ztg.“ behaupten, daß wir die Wahlkreise, die wir in verschiedenen Theilen des Reiches verloren haben, deshalb verloren haben, weil dort die Parteipresse nicht alle Momente des politischen Kampfes „auf die Spitze getrieben“ hat, wie es die „S. A. Ztg.“ als wünschenswert hinstellt? Will sie ferner behaupten, die Parteipresse sei schuld, wo wir neue Mandate gewonnen haben? Daß solche Fragen nicht so einfach zu lösen sind, sollte dem Verfasser des Artikels doch ein Blick auf Sachen zeigen. Das wäre wohl richtiger, als wenn jemand unserer sächsischen Parteipresse vorwerfen wollte, ihre taktische und agitatorische Haltung sei schuld daran, daß in etwa der Hälfte der sächsischen Wahlkreise das Wahlergebnis unseren Wünschen nicht entsprochen hat, daß wir in Sachsen zwei Wahlkreise verloren haben, daß Leipzig-Stadt unglücklich abgetheilt hat.

Gerühmlich ist auch, wenn der Verfasser des Artikels uns vorwirft, wir scheuten die Polemik — aberaus zahlreiche Nummern unseres Blattes widerlegen diese Behauptung. Freilich, es giebt auch gewisse Polemiken, die man nur mit höchstem Schmeigeln übergehen kann; wo wir dies bisher thaten, war die Partei mit uns durchaus einverstanden. Ans ihm sei endlich streift der Verfasser, indem er meint, man würde ihn gern in ein Parteizuchthaus sperren, falls es ein solches gebe. Da irrt er sich denn doch ganz gewaltig in den Empfindungen, die seinen Polemiken gegenüber in der Partei vorherrschen.

Hiermit erübrigt sich für uns ein Eingehen darauf, daß dem Kritiker weder Inhalt noch Form des „Vorwärts“ gefällt. Wir sind es gewohnt, daß derselbe am „Vorwärts“ kein gutes Haar findet, und wir ertragen dies um so philosophischer, da wir wissen, daß es nicht im Bereich des Menschendöglichen liegt, dem Doktrinismus, der sich für unfehlbar hält, etwas recht zu machen.

Eine Robert Blum-Feier. Aus Petterweil bringt die „Zelt. Volkst.“ einen Bericht über eine eigenartige Feier, die am vergangenen Sonntag dort stattgefunden hat. Von Frankfurt, Bockenheim, Homburg u. s. w. waren etwa 150 Genossen nach dort gekommen, um die Erinnerung an die denkwürdige Versammlung zu geben, die der Volksmann Robert Blum am 9. Juli 1848 dort abgehalten hat. Zur Erinnerung an jene große Volksversammlung unter freiem Himmel wurde vor wenigen Jahren ein Robert Blum-Stein gesetzt, um den sich die Erschienenen versammelten, um sich im Geiste in jene bewegte Zeit zurückzuerleben und das Andenken des großen Volksredners und -Mannes zu ehren. Nachdem der Gesangverein Eintracht aus Homburg ein Lied gesungen, hielt Genosse Brand aus Frankfurt a. M. eine Ansprache, in der er ein Lebensbild Robert Blum's entwarf, zum Schluß darauf hinweisend, wie die Sozialdemokratie die Uebeln jener Volksbewegung von 1848 geworden sei. Hierauf sang die Eintracht noch ein Lied und dann ging's wieder zum Dorf zurück, wo sich in einer Wirthschaft ein recht geselliges Leben entwickelte. Das Denkmal ist das Einzige, was Blum gesetzt wurde, und nur einigen eifrigen Arbeitern Petterweils ist es zu verdanken, daß es überhaupt noch existirt. Denn es war schon einmal vergraben und — vergessen, bis es bei der Blumfeier wieder am Tageslicht kam und auf diese Weise hinter dem Dorfe aufgestellt wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Warum in Sachsen Versammlungen aufgelöst werden. Wir haben in der Nr. 159 von der Auflösung einer Versammlung in Oberlungwitz Notiz genommen, in der während der Wahlbewegung Genosse Auver gesprochen hatte, und berichtet, daß gegen diese Auflösung Beschwerde erhoben wurde. Diese Beschwerde wurde von der Amtshauptmannschaft in Glauchau zurückgewiesen, weil durch Verlesung einer Resolution:

„Die Arbeiterbevölkerung vermittelst Entstellung von Thatsachen gegen die anderen Klassen aufgereizt werden sollte.“

Der überwachende Beamte durfte dies nicht zulassen und es schritt mit Recht zur Auflösung.

Heute sind wir in der Lage unsere Leser mit dem Vorlauf der Resolution bekannt zu machen, deren Verlesung inhibirt und deren Inhalt eine kassenverheerende Entstellung von Thatsachen enthalten soll. Die Resolution lautet:

„Die heute im Garten des Kasino zu Oberlungwitz stattgefundene Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht, am 10. Juni für den bewährten Volkskämpfer J. Auver aus Berlin ihre Stimme abzugeben. Die Versammlung spricht ihre Ueberzeugung aus, daß nur von dieser Seite das arbeitende Volk eine allgemeine Verbesserung seiner Lage zu erwarten hat, wohngegen die anderen Parteien nur Ziele verfolgen, die geeignet sind, die Lage des arbeitenden Volkes zu verschlimmern. Dahin geht vor allem die Abänderung des sächsischen Landtags-Wahlrechts, dann die Einschränkung des Koalitionsrechtes, wie sie in dem Erlasse des Grafen Pofadobosty angedeutet ist, sowie der Antrag des Grafen v. Arnim auf Einführung eines staatlichen Getreidemonopols. Die Versammlung erklärt, am 10. Juni nur für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei einzutreten.“

Ein Wort der Kritik an die amtshauptmannschaftliche Verbotshandlung zu haken, verlohnt sich nicht. Bemerkte sei mir, daß um derselben Resolution willen, deren Verlesung der überwachende Beamte — ein Regierungsassessor — um keinen Preis dulden wollte, zwei Versammlungen aufgelöst wurden. Wie wir bereits berichtet haben, wird gegen den abwesenden Bescheld der Amtshauptmannschaft weiter Beschwerde geführt werden. Helfen wird das freilich nichts, aber die Herren müssen wenigstens einen abwesenden Bescheld geben und diese Verbrechen in ihrer monumentalen Größe nie ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit.

— Ein merkwürdiges Urtheil aus Sachsen. Das Schöffengericht zu Oelsnitz i. B. hat die Illumination, die der Genosse Härtel am Vorabend des 1. Mai in seiner Wohnung veranstaltete, nicht als groben Unfug angesehen. Obwohl ein Schuttmann und ein Eisenbahnbeamter daran Anstoß genommen, sprach das Gericht doch Härtel frei, da es nicht genüge, um den Thatbestand des groben Unfugs festzustellen, wenn einzelne Leute sich über das Thun und Lassen eines anderen ärgern. Auch eine Störung der Ruhe und Ordnung habe nicht stattgefunden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Korbmacher! Da sich in der Grünanlage in der Umgegend Berlins schon wieder recht traurige Verhältnisse herausgebildet haben, beruft die Werkstätten-Kontrollkommission zu heute Abend eine öffentliche Korbmacher-Versammlung für die Vororte Friedrichsberg, Pichtenberg ein, um diese Verhältnisse einer gründlichen Besprechung zu unterziehen. Wir erlauben nun auch die Berliner Kollegen, diese Versammlung zu besuchen. Dieselbe tagt im Lokal Moser, Dorfstr. 3, Pichtenberg.

Die Werkstätten-Kontrollkommission.

Achtung, Töpfer! Die Töpfer im Ofenschlaggeschäft von O. Wagner in Potsdam befinden sich seit dem 5. d. M. im Ausstand. Trotzdem nun Herr Wagner Zugeständnisse, Stundenlohn von 40-45 Pf. zu zahlen, gemacht hat, wird genannter Lohn nur denjenigen gezahlt, welche am Streik theilhaftig resp. in Potsdam wohnen. Es ist deshalb bedauerlich, daß sich 10 Berliner Kollegen bereit gefunden haben, unter den alten Bedingungen zu arbeiten. Der Zugang ist bis auf weiteres ferngehalten. Die Lohn-Kommission.

Achtung, Jungleser und Stürzer! Die Differenzen bei Kunmer, Prinzenstr. 18, sind zu gunsten der Arbeiter beigelegt. Die Sperre bei R. Worsch, Oranienstr. 99, dauert unverändert fort. Die Agitations-Kommission.

Deutsches Reich.

Verschiedene Breslauer Gewerkschaften weigerten sich, wie der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt wird, die vom Polizeipräsidenten ge-

forderten Mitgliederverzeichnisse einzureichen, und stützen sich auf eine kammergerichtliche Entscheidung, welche die polizeiliche Entföderung solcher Listen nur bei der Vereinsgründung für gerechtfertigt hält.

Aus Wattershausen wird uns geschrieben: 127 Webern und Gummiarbeitern wurde hier zum 30. Juli gekündigt, weil sie ihren Verbänden beigetreten waren. Zugang ist feyngehalten.

Zum Hamburger Bäckerstreik läßt sich die „Kreuzzeitung“ von dem Anwalt der Unternehmer, Herrn Viehhaben, im „Interesse der Wahrheit“ die Bekanntmachung der Hamburgischen Gewerkschaften zustellen. Diese Bekanntmachung ist ein Auszug aus dem Fabrikinspektoren-Bericht und soll aus demselben hervorgehen, daß in den Hamburger Bäckereien alles in der allerbesten Ordnung sei. Zum Beweise dafür wird das Zeugnis der Arbeitswilligen herangezogen. Seit Ausbruch des Streiks seien 106 Bäckereien repibirt. In diesen haben sich auch 81 Gesellen befunden, welche von auswärtig gekommen waren und die Streikenden ersetzt hatten. Diese fremden Bäder erklärten wiederholt, daß ihnen bislang Bäckereien nicht bekannt geworden seien, die hinsichtlich der Beschäftigung, den Bedürfnisanlagen, sowie der Sauberkeit im allgemeinen sich mit den hiesigen Bäckereien vergleichen könnten. Wie während!

Weiter wird in der „Bekanntmachung“ gesagt: „Seit Erlass der Verordnung eines hohen Senats vom 10. Dezember v. J. betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien, sind arbeiten der Fabrik-Inspektion 297 Bäckereien mit 947 Arbeitsträumen repibirt und wurden zur Durchführung dieser Bestimmungen in 290 Anlagen Vorschriften in verschiedener Hinsicht gegeben. Durch 305 Nachrevisionen wurde festgestellt, daß die Bestimmungen der Verordnung bis auf einige, den Vorschriften nach nicht genügende Kofet-Anlagen, durchgeföhrt sind. Danach sind also in sämtlichen hiesigen Bäckereien ausreichende, den gesetzlichen Bestimmungen genügende Beschäftigungen hergestellt.“ Also von 297 Anlagen waren 290 in einem nicht einwandfreien Zustande, denn es müßten dort „Vorschriften in verschiedener Hinsicht“ gegeben werden.

Aber was soll dieser Bericht überhaupt! Die Bäckereigesellen wollen sich in gegenwärtigen Kämpfe das jedem Arbeiter zukommende Recht erringen, zu wohnen, wo und wie sie wollen und auch ihre Maßregeln nach ihrem eigenen Geschmack einrichten.

Uebrigens muß sich der Arbeitgeber-Verband jetzt sogar von der amtlichen „Leipz. Ztg.“, die, wenn es irgend angängig, gewiß gern die Gelegenheit ergreift, auf die Arbeiter mit zu heben, recht unangenehme Dinge sagen lassen. Das königlich sächsische Organ erklärt, daß es den Standpunkt der „Hamb. Nachrichten“ und des Verbandes, erst die Kraftprobe zu gunsten der Unternehmer durchzuführen und dann zu sehen, was sich thun lasse, nicht theilen könne: „Sind Uebelstände wirklich vorhanden und werden sie von den Unternehmern selbst nicht in Abrede gestellt, so sehen wir nicht ein, weshalb es geboten sein soll, diese Uebelstände so lange fortbestehen zu lassen, bis die Unterwerfung der Arbeiter zur Thatfache geworden ist. Weder für gerecht und billig, noch für politisch klug und tatfächlich notwendig halten wir das. Steht die Unbilligkeit der Arbeiterforderungen von vornherein fest, so kann die Disziplin der Arbeitgeber nicht stramm genug sein. Anders, wenn die Arbeitgeber selbst zugeben, daß die Forderungen der Arbeiter zum Theil berechtigt sind. Selbst wenn die Sozialdemokratie hinter den Streikenden steht, müssen gerechte Forderungen vorher erfüllt werden, ehe man in die Kraftprobe eintritt. Nur dann, wenn der Verband der Arbeitgeber seine Bereitwilligkeit zur Abhilfe bekundet hat und dieses Gegenkommen zurückgewiesen worden ist, wird das weitere Vorgehen der Arbeitgeber die moralische Unterstützung der Untheilhaftigen und damit die Würdigkeit des Gelingens für sich haben. Der umgekehrte Weg kann die Organisation der Arbeitgeber, für die wir immer eingetreten sind, in der Meinung aller Billigdenkenden nur diskreditiren.“ Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: „Bekanntlich hat nun aber der Arbeitgeberverband nicht nur jedes Eingehen auf die Forderungen der Gesellen verpönt, sondern er wendet gegen diejenigen Meister, die zu Kompromissen geneigt sind, den schändlichsten Terrorismus an. Es trifft also auf ihn zu, was die „Leipziger Zeitung“ bedingungsweise von ihm sagt: er ist in den Augen aller Billigdenkenden diskreditirt. Das ist festzustellen namentlich gegenüber der Betheiler für den Streikereferendums“, der, wie wir schon ausführten, den Zweck haben soll, den Streik nach Möglichkeit in die Länge zu ziehen.

Die Forderungen der Magdeburger Banarbeiter sind nunmehr auf 30 Ranten bewilligt. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 590 Mann, zu unterstützen bleiben noch 600 Mann mit 1025 Kindern. Streikende Arbeiter, deren Anstuf signalisirt war, sind noch nicht gekommen. Sitzungen von Streikposten der Arbeiter finden täglich statt, dagegen bleiben die von den Unternehmern aufgestellten Posten nach wie vor unbesetzt.

Die Schwarzen Listen werden von den Unternehmern immer mehr zu einem vollständigen System durchgebildet. Jetzt hat auch die Dachbedeckungs-Gesellschaft zu Frankfurt a. M. eine solche verfaßt. In dem Rundschreiben, das ein glühender Wind der „Vollstimme“ zugeweht hat, wird den Mitgliedern bekannt gegeben, daß die namhaft gemachten Arbeiter, die weiter nichts verbrochen haben, als daß sie Lohnforderungen stellen, nicht in Arbeit genommen werden dürfen.

In Offenbach a. M. sind nach den Mittheilungen des dortigen Kartells 2339 Arbeiter und 121 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert.

Die Tischler und Zimmerer in Unterhufheim haben beschloffen, die Arbeit solange niederzulegen, bis die Meister geföhren sind, mit der Lohnkommission wegen Arbeitszeit und Arbeitslohn in Unterhandlung zu treten. Gestützt auf den neugegründeten Solawechselverband der hiesigen Bauwerksmeister gaben die Herren auf die Eingabe ihrer Arbeiter eine prologe Antwort. Sie schreiben: Wir werden von einer Regelung der Arbeitszeit, wie Sie es wünschen, ganz absehen. Früher arbeitete man 12 und noch mehr Stunden und haben sich die Arbeiter recht wohl dabei befunden. Betreffs der Arbeitslöhne theilen wir mit, daß solche nur nach Leistungen bezahlt werden und lassen wir solche niemals festsetzen. Das „niemals“ würde nicht mehr fern sein, wenn alle Arbeiter organisiert wären.

Ausland.

Der Streik der Grubenarbeiter in Jaworzno (Galizien) ist beendet, es wird unter den früheren Bedingungen weiter gearbeitet. Vater Stojalowski hat den „Friedensvermittler“ gespielt. Nach einem in der Wochenschrift „Praca“ erschienenen Situationsbericht aus Jaworzno herrschen auf den Guttmanischen Gruben — diese betraf der Streik, an dem sich 2000 Arbeiter beteiligten — himmelschreiende Zustände. Die Löhne für Schlepper sinken bis auf 10 Gulden (17 M.) monatlich; feste Bedinge giebt es nicht. Die Beamten sind korrupt, aus Habgier sind sie schwerere Leute geworden; besonders viel verdienen sie und ihre Frauen (!) durch Trud. Branntwein und Wurst wird neben Geld als Lohn gegeben. Die Behandlung der Leute durch die Beamten ist unmenslich, insbesondere die aus Breußen kommenden Beamten zeichnen sich durch Grobheit aus! Die Verwaltung hätte es sehr gerne gesehen, wenn es zu blutigen Strafwällen gekommen wäre, und die Genarmen wurden auf die Leute geschickt; diese aber blieben ruhig bis zum Ende des Streiks.

Über 600 Schneider sind am letzten Dienstag in Bukarest in den Lohnkampf eingetreten. Man schreibt uns darüber von dort: Es sind die Tischlermeister, d. h. jene, welche von den Kleidermagazinen die Arbeiten übernehmen, welche den Streik veranlassen. Die Löhne im Vorjahre sind derart niedergedrückt worden, daß Wochenverdienste während der Saison von 8—10, höchstens 15 Francs die Regel waren, Löhne, mit denen hier zu leben einfach unmöglich ist.

Im Laufe der letzten vier Wochen fanden mehrere öffentliche Versammlungen statt, in denen die Lage gründlich diskutiert und Forderungen gestellt wurden in bezug auf Erhöhung der Preise und Regelung der Arbeitszeit; erstere schwanken zwischen 25 bis 35 pCt., letztere auf Reduzirung von 10—18 auf höchstens 12 Stunden

pro Tag. Hand in Hand mit denen der Zwischenmeister gehen die Forderungen der bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Da meistens Familienväter bei diesem Streik theilhaftig sind, ist Unterstützung um so nothwendiger und sind solche sowie Adressen an Clubul Munitorilor, Str. Doanei Nr. 7, Bukarest, zu senden. Die Haltung ist vorzüglich, die Aussicht günstig.

Für die Streikkommission: Anton Clouff. Für die Gewerkschaftskommission: Alexander D. Rin. NB. Um Nachdruck wird gebeten.

In Velschhof (Weiß- u. Polnische) befinden sich schon seit 3 Wochen 2000 jüdische und polnische Weber im Aufstande. Sie fordern eine Erhöhung der Löhne um 15 pCt. Vierzig Arbeiter sind nach ihren Heimathorten ausgewiesen worden, achtzig wurden verhaftet und befinden sich zur Zeit im Velschhof Gefängnis.

Soziales.

Welche ungläublich geringen Gehälter von Privat-Eisenbahnen den unteren Beamten derselben gezahlt werden, zeigt wieder in recht krasser Weise eine Stellenausschreibung, die soeben von der Direktion der Stargard-Küstriner Eisenbahn für Militär-Anwärter im Bezirk des III. Armeekorps erlassen ist. Die genannte Direktion (in Soldin) verlangt nämlich 3 Stationsdiätäre, 3 Weichensteller, 3 Bahnwärter und 3 Bremser und bietet den Stations-Diätären, die eine Ration von 600 M. zu stellen haben, ein Jahresgehalt von — 600 M., nebst Dienstkleidung, den Weichenstellern und Bahnwärtlern je — 540 M., und die Dienstkleidung, wozu aber noch ein Wohnungs-Zuschuß oder eine Dienstwohnung kommt, endlich den Bremsern ebenfalls — 600 M. und Dienstkleidung sowie „Rebenbezüge“. Dabei ist keine Rede von einem bei längerem Dienstalter später eintretenden Steigen des Gehaltes und von fester Anstellung mit Pensionsberechtigung, sondern die Beamten müssen mit ihrem monatlich 50 M. zufrieden sein, solange sie bei der Stargard-Küstriner Bahn bleiben wollen oder sie von der Direktion gebraucht werden können.

Gerichts-Beitrag.

Einer improvisirten Arbeiter-Schuhhütte halber kam der bekannte Maschinen-Industrielle Ernst Vorsig und dessen Bauleiter, Architekt Wilhelm Reymacher, zu einem Strafverfahren, welches geföhrt vor der vierten Strafkammer am Landgericht II seinen Abschluß fand. Bei dem Bau der neuen Vorkriegsigen Fabrik in Zegel wurden hunderttausende von Mauersteinen auf dem Wasserwege herangeschafft und in der Nähe des Sees aufgestapelt. Die mit dem Steinladen beschäftigten Arbeiter, die offenbar keine andere gedachte Unterkunft hatten, bauten sich aus diesen Steinen — allerdings ohne Wissen der Bauleitung — eine primitive Schuhhütte. Sie stapelten die Steine so auf, daß in der Mitte ein freier Raum blieb, auf welchem sich etwa 30 Menschen lagern konnten. Drei Seitenwände dieses Stammes wurden durch Steinapfel gebildet, die vierte nach dem See zu gelegene Seite wurde durch eine rechtwinklig übereinander geschichtete, durch Wörtel jedoch nicht verbundene Steinmauer, in welcher sich ein Eingang befand, gegen Wind und Wetter geschützt. Das Ganze war mit lose aufliegenden Brettern überdeckt und dieses improvisirte Dach wurde durch aufgelegte Dachpappe undurchlässig gemacht. Diese Hütte war von keiner Seite des Bauplatzes zu sehen und eigentlich nur den Arbeitern bekannt. Die Bauleitung hatte von der Existenz derselben keine Ahnung, die Hütte wurde erst durch einen Amtsdienner entdeckt, als ein Windstoß eines Tages das primitive Dach abdeckte. Es wurde darauf ein Strafverfahren wegen Uebertretung des § 367 Nr. 15 gegen den Bauherren Ernst Vorsig sowohl als auch gegen den eigentlichen Leiter des Baues, Herrn Architekt Reymacher, erhoben. Das Schöffengericht am Landgericht II nahm an, daß diese improvisirte Schuhhütte ein Bauwerk darstelle, zu welchem eine baulich-gewerbliche Genehmigung erforderlich war und fand die Uebertretung darin, daß diese Genehmigung nicht eingeholt worden war. Herr Vorsig wurde allerdings freigesprochen, weil ihm darin geglaubt wurde, daß er sich um den Bau in Zegel gar nicht kümmern könne, da er mit der Leitung der Berliner Fabrik vollumfänglich zu thun habe und daß er im Übrigen für sachverständige Vertretung gesorgt hatte. Herr Reymacher wurde jedoch in seiner Eigenschaft als oberster Bauleiter verantwortlich gemacht und zu 15 M. Geldstrafe verurtheilt. Dieser legte Berufung ein und suchte durch Justizrath Kempner den Einwand der Verjährung zu erheben und anherdem nachzuweisen, daß ein Verjährungsbescheid in seiner Weise vorliege. Der Bauplatz umfasse eine Arenal von 72 Hektaren, derselbe werde von drei öffentlichen Straßen durchschnitten, es sei daher ganz unmöglich gewesen, das nur von der Erde am See zugängliche Bauwerk zu bemerken. Außerdem trage die Hütte keineswegs den Charakter eines genehmigungspflichtigen Bauwerkes. Die Kammer gelangte nach eingehender Prüfung aller Einwände zu dem Schlusse, daß doch ein Bauwerk vorliege, die polizeiliche Genehmigung erforderlich war und für die Nichterhaltung der Angeklagte verantwortlich sei. Die Berufung wurde daher verworfen.

Im weiteren Verlaufe des Prozesses gegen den Schuhmann Kiefer befindet, wie aus Bonn gemeldet wird, der Polizei-Inspektor Weinand, er habe den Kiefer immer für einen zuverlässigen und nächstem Beamten gehalten. Ueber den Rapportbefehl vom 26. Juni 1891 sei Kiefer instruiriert worden; es sei nicht anzunehmen, daß er ihm unbekannt geblieben sei. Ueber das Vorhandensein von Dienstangehörigen, die mit den gedruckten im Widerspruch ständen, sei ihm, dem Zeugen nicht bekannt; eine widersprechende Auffassung in der Auslegung der Dienstangehörigen zwischen dem Polizeipräsidenten und dem Polizeiinspektor bestehe nicht. Gegenüber der Behauptung des Polizeiinspektors Weinand, er habe den Kiefer immer für einen zuverlässigen Beamten gehalten, verweist Rechtsanwalt Scheiff auf Kiefer's Arreststrafe wegen ungebührlichen Benehmens gegen eine Dame. Abgesehen von diesem Fall bleibt der Zeuge bei seinem Urtheil. Dr. Scheiff beantragt, nunmehr den Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten vom 10. Juli v. J. zu verlesen. Dieser Bericht war darüber eingefordert worden, ob der Fall durch die Berichte der Presse aufgedeckt sei. Durch diesen Bericht will der Vertreter der Rebenlagerin das Urtheil des Polizeiinspektors über Kiefer beleuchten; der Verteidiger und der Erste Staatsanwalt widersprechen. Dr. Scheiff stellt den Eventualantrag, den Regierungsrath Weegmann, den Deputirten in dieser Sache, zu vernichten. Das Gericht lehnt den ersten Antrag ab; es handle sich um den amtlichen Bericht eines Polizei-Organs an seine vorgesetzte Behörde, dessen Verletzung nach der Strafprozeßordnung unzulässig sei; das Reichsgericht habe in diesem Sinne mehrmals entschieden. Der Eventualantrag auf Ladung des Regierungsraths Weegmann wird bis zum Schluß der Beweisaufnahme vertagt. Der Verteidiger hatte den Eventualantrag gestellt, den Minister des Inneren zu laden. Dieser Antrag wurde durch den Beschluß des Gerichts hinfällig.

Wegen Vertriebes von Loosen auswärtiger verbotener Lotterien wurde am Mittwoch der Bankier Carl Heintze von der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu einer Geldstrafe von 2000 M. verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 3000 M. beantragt.

„Ist der Rechtsanwalt verpönt“, vor Verichtigung seiner Auslagen und Gebühren das in einer Prozeßsache ergangene Urtheil dem Mandanten herauszugeben? Der Vorstand der hiesigen Anwaltskammer hat nach den „Blättern für Rechtspflege“ — entgegen seiner früheren Praxis — diese Frage in nachfolgendem Bescheide verneint:

„Auf Ihre uns am 18. März er. eingereichte Beschwerde über Herrn Rechtsanwalt Dr. M. eröffnen wir Ihnen, daß wir dieselbe als unbegründet zurückweisen.“

Nach der Mittheilung des genannten Anwalts schulden Sie demselben aus den betreffenden Sachen Gebührenbeträge, wegen deren derselbe die Urtheile zurückhält. Wir können denselben zur Heraus-

gabe nicht anhalten, müssen Ihnen vielmehr anheimstellen, im ordentlichen Prozeßverfahren vor den Gerichten Ihren Anspruch geltend zu machen. Der Vorstand der Anwaltskammer.“

Der Krieg.

Santiago hält sich noch immer. Doch werden die Verhandlungen wegen der Kapitulation fortgesetzt. In Washington am Mittwoch bekannt gegebene Depeschen des Generals Shafter und des Generals Miles melden, daß auf Ersuchen des Kommandanten von Santiago, Generals Lora, der Waffenstillstand bis Donnerstag verlängert worden sei. Lora wünscht sich mit der Regierung in Madrid über das Anerbieten der Vereinigten Staaten in Verbindung zu setzen, die Garnison von Santiago nach Spanien zu schaffen. Lora erklärt, er sei ermächtigt, die Garnison zurückzuziehen, den Hafen, die Kriegsvorräthe und den östlichen Theil von Cuba zu übergeben. Das hiesige Kriegsdepartement hat in dessen die Einwilligung zu dem Abzuge der Garnison verweigert. General Shafter hat erklärt, wenn die Stadt Santiago nicht kapitulire, werde er das Feuer mit allen ihm zur Verfügung stehenden Geschützen eröffnen und das Geschwader werde bei der Beschließung mitwirken.

Nach einer am gestrigen Tage 11 Uhr 40 Min. vormittags in Washington eingelaufenen Depesche des Generals Shafter hätten die Spanier Kommissare ernannt, um des weiteren über die Bedingungen der Kapitulation Santiago zu verhandeln. Nach einer Konferenz im Weißen Hause wurde alsdann an General Shafter eine Depesche gesandt, worin derselbe aufgefordert wird, den spanischen Vorschlag zu verwerfen und alles abzulehnen, ausgenommen die sofortige bedingungslose Uebergabe Santiagos.

Nach einer weiteren Depesche aus Washington soll Santiago bereits kapitulirt haben.

Das gelbe Fieber. Inzwischen wird auch die Lage der Belagerer schwierig infolge des Auftretens des gelben Fiebers. Aus Washington wird hierüber gemeldet: Mehrere Mitglieder des Kabinetts machten nach dem Schlusse des Kabinetts am 18. Juli Mittheilungen, in denen sie zugaben, daß die Lage auf Cuba infolge der beständigen Regenfälle wenig befriedigend sei; denn die Leiden der Truppen, namentlich der Kranken und Verwundeten würden durch dieselben sehr verschärft. Das Vorhandensein des gelben Fiebers ist festgestellt.

Wahon nach Spanien. Der spanische Marineminister bestätigt, daß das Geschwader des Admirals Wahon auf dem Wege nach Spanien sei. Das Geschwader Camara's werde jedoch einen sicheren Hafen erreicht haben, ehe Wahon's Geschwader dasselbe aufsuchen würde.

In Madrid. Die „Epoca“ glaubt, daß die Karlisten eine Erhebung vorbereiten und rath zur militärischen Besetzung der Nordprovinzen und zur Ueberwachung der Karlisten an der französischen Grenze. — Ministerpräsident Sagasta hat erklärt, die Friedensbedingungen, die von den Blättern veröffentlicht sind und als die von Mac Kinley gestellten bezeichnet würden, seien unannehmbar.

Aus Manila. Der Spezialkorrespondent des „Reuter'schen Bureau“ meldet aus Manila vom 10. Juli: Die Amerikaner und die Insurgenten in Cavite gehen unabhängig von einander vor. Es scheint schwierig zu sein, ein auf Uebereinstimmung beruhendes Vorgehen zu ermöglichen. Es herrschen auch Zweifel über die Ausdehnung und das Anhalten des Einflusses Aguinaldo's. Die Ruhebedauer im Süden des Archipels erkennen die Autorität Luzons aber die anderen Theile des Archipels nicht an. Wahrscheinlich wünschen sie nur sich Aguinaldo's und der Amerikaner zu bedienen, bis die Spanier vertrieben sind. Die Amerikaner verschließen die Operationen, bis sie genügend vorbereitet sind, um den Insurgenten die Spitze bieten zu können, falls dieselben sich widerpenflich zeigen sollten.

Der Korrespondent der „Associated Press“ meldet aus Manila vom 9. Juli: Der Gouverneur von Manila veröffentlichte eine Proklamation, in welcher er die Autonomie verpönt und die Insurgenten zu gewinnen sucht, sich mit den Spaniern zu vereinigen. Aguinaldo erwiderte, daß diese Anbahnungen zu spät kämen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Moskau, 14. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Strafkammer hiesigen Landgerichts verhandelte heute gegen den verantwortlichen Redakteur der „Medenburger Volks-Zeitung“, Genossen Staroffen, gegen den der Staatsanwalt fünf Anklagen erhoben hatte, nämlich eine wegen Majestäts-, zwei wegen Minister-, eine wegen Richter- und eine wegen Regimentsbeleidigung; alle diese Beleidigungen sollten in Artikeln enthalten sein, welche Staroffen im Mai und Juni in der „Medenburger Volks-Zeitung“ veröffentlichte. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Majestätsbeleidigung 2 Monate, wegen der ersten Ministerbeleidigung 2 Monate, wegen der zweiten 9 Monate, wegen der Richter- und wegen der Regimentsbeleidigung je 1 Monat, zusammen 15 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte wegen Majestäts- und Regimentsbeleidigung auf Freisprechung; wegen der ersten Ministerbeleidigung auf 2 und wegen der zweiten auf 5 Monate, sowie wegen der Richterbeleidigung auf 1 Monat, zusammen auf 8 Monate Gefängnis, für welche eine Gesamtstrafe von sieben Monaten Gefängnis festgesetzt wurde.

Köln, 14. Juli. (S. S.) Der „R. Z.“ wird aus Berlin gemeldet: Die Assoc. Press verbreitet aus Manila vom 9. d. M. ein Telegramm, demzufolge das deutsche Kriegsschiff „Irene“ die Aufständischen durch Gewalt verhindert haben soll, die Spanier anzugreifen. Der amerikanische Admiral Dewey habe darauf zwei Kriegsschiffe abgeschickt, bei deren Erscheinen die „Irene“ sich zurückgezogen habe. Später habe die „Irene“ in Manila auf einmal Einmischungsgelüste gezeigt, die aber von Dewey zurückgewiesen wurden. Die „Kölnische Zeitung“ sagt, die ganze Nachricht trage den Stempel der Erfindung an der Stirn und gehöre offenbar zu den wiederholt gekennzeichneten Meldungen, durch die eine Verhegung zwischen Amerika und Deutschland herbeigeföhrt werden soll. In Berlin sei von einem solchen oder ähnlichen Vorfall nichts bekannt.

Paris, 14. Juli. (S. S.) Beim heutigen Nationalfest war die Stimmung des Publikums sehr gedrückt. Die Zahl der das Paradesfeld Besuchenden war nur halb so groß wie in den früheren Jahren.

Rom, 14. Juli. (S. S.) Senat. Bei der Verathung des Vorlage über die Maßnahmen in betref der öffentlichen Ordnung erklärte der Ministerpräsident Pelloux, er könne, wie er sich bereits in der Kammer geäußert, nicht zugeben, daß die jüngsten Unruhen übertrieben worden seien. Die Regierung werde sich nicht einschließen lassen, sie sei weit entfernt davon. Die materielle Ordnung sei zwar wieder hergestellt, aber zur Herstellung der moralischen Ordnung werde es einiger Zeit bedürfen. Man müsse mit großer Vorsicht vorgehen, um zum normalen Zustande zurückzuföhren; besonders sei dies der Fall bezüglich der Presse und der Beschlagnahme von Zeitungen. Wenn diese Wachsamkeit nicht genügen würde, so werde dies ein Zeichen sein, daß die Gesetze nicht ausreichen und man würde sie reformiren müssen. (Sehr gut.) Er müsse dieses sagen für die umstürzlerischen Gesellschaften. — Die Vorlage wurde in geheimer Abstimmung mit 64 gegen 4 Stimmen angenommen.

Songkong, 14. Juli. (S. S.) Die Niederlage der chinesischen Truppen durch die Aufständischen bestätigt sich. In Wutshan wurden die Leichen von etwa 1000 Mann aus dem Flusse geföhrt und beerdigt. Wahrscheinlich sind die Verluste der kaiserlichen Truppen größer, als zunächst angenommen wurde. In Kanton heißt es, der Dr. Sun-yat-sen, dessen Festnahme in der chinesischen Gefangenschaft in London feinerzeit so großes Aufsehen erregte, sei ein hervorragender Führer der Aufständischen.

Ärzte und Krankenkassen.

Unser Leitartikel vom Sonntag, der, wie erinnerlich sein wird, sich mit dem gesundheitlichen Maximal-Arbeitsstag und mit der Stellung der Ärzte zu hygienischen Reformen beschäftigte, hat uns aus ärztlichen Kreisen einige Zuschriften gebracht, die wesentlicher Beachtung wert sind.

Die erste Zuschrift, welche von einem hiesigen parteigenössigen Arzte herrührt, lautet:

In dem Leitartikel der Nr. 159: „Der gesundheitliche Maximal-Arbeitsstag“ tadelt der „Vorwärts“ in scharfen Worten die „geradezu skandalöse Stellung“ der Krankenkassen-Ärzte, welche bei Gelegenheit der Erhebungen über die Notwendigkeit eines solchen Maximal-Arbeitsstages entfällt worden ist. Die Ursache dieses Verhaltens sucht der Auffay in der „Abhängigkeit der Ärzte von den Unternehmern und Kassenverhältnissen“ und er schlägt deshalb zur Milderung dieses Uebelstandes die obligatorische freie Arztwahl vor.

Rund, die Gerechtigkeit erfordert es festzustellen, daß die deutschen Ärzte längst die unwürdige Stellung erkaufen haben, in welche sie durch die gegenwärtige Handhabung des Krankenkassen-Verfahrens gedrängt sind; ihre Vertreter haben darum auf den Arzttagen stets mit großer Mehrheit sich für die „freie Arztwahl“ ausgesprochen.

Herrschte soweit Uebereinstimmung zwischen den Bestrebungen der Ärzte und den in dem genannten Artikel entwickelten Ideen, so bedarf doch die scharfe Beurteilung, welche dabei den Ärzten zu theil wird, nach einer andern Seite der Berichtigung. Es ist nach Ansicht des Schreibers dieser Zeilen nicht angängig, die „traurige Rolle“, welche die Ärzte bei der Gelegenheit der erwähnten Erhebungen gespielt haben, allein durch ihre Abhängigkeit von den Unternehmern zu erklären; neben dieser, ja in den meisten Fällen wohl mehr als diese kommt in Betracht die Ueberlastung der Ärzte, welche fast durchweg mit dem gegenwärtigen Kassenarzt-System verbunden ist, und es den Ärzten unmöglich macht, den Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist wohl nicht nöthig, diese Ueberlastung nachzuweisen; die Leser des „Vorwärts“ kennen ja wohl zum größten Theile aus eigener Erfahrung die überfüllten Sprechstunden der Kassenärzte. Es muß dagegen noch darauf hingewiesen werden, daß gerade bei den „fixirten“, d. h. mit festem Gehalt angestellten Kassenärzten — und das sind, wenigstens in Berlin, die meisten — die Entlohnung in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen zu stehen pflegt, und daß hierdurch so manches, was den Ärzten zum Vorwurf gemacht wird, eher verständlich wird. So ist für Berlin zum Beispiel seiner Zeit nachgewiesen worden, daß beim Gewerkschaftenverein die auf die einzelne ärztliche Leistung entfallende Summe etwa 11—13 Pfennige beträgt; unter solchen Umständen erscheint es doch entschuldbar, wenn der Arzt für diese kümmerliche Bezahlung eben nur das Mindestmaß dessen, was von ihm beansprucht werden kann, leistet, und für die darüber hinausgehenden Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege kein Interesse bekennt.

Es verdient dies hervorgehoben zu werden, weil leider die in den Kassenvorständen sitzenden sozialdemokratischen Arbeiter bisher nicht durchweg ein ausreichendes Verständnis für diese Seite der Frage bewiesen haben; auch sie haben hier, wo sie die „Arbeitgeber“ sind, die auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen abzielenden Bestrebungen der „Arbeitnehmer“, der Ärzte, häufig ohne Prüfung der Berechtigung mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, daß es ja ein leichtes wäre, für den gehaltlosen Lohn, ja womöglich noch billiger, andere Ärzte, d. h. Volonteriäre oder Streikbrecher, zu bekommen. Die betreffenden Kassenvorstände handelten gewiß im besten Glauben; sie vermeinten damit, das Interesse der Kasse in geeigneter Weise wahrzunehmen. Aber wenn man unter dem „Interesse der Kasse“ nicht bloß die möglichst schnelle Anhäufung eines Kassenvermögens bei möglichst niedrigen Beiträgen versteht, sondern wenn man dasselbe darin sieht, daß die Vorkehrungen, welche den Mitgliedern der Kasse im Erkrankungsfall die Wiederherstellung ihrer Gesundheit ermöglichen sollen, thunlichst vollkommen seien, wird man ein solches Verhalten kaum billigen können. Oder sollten sozialdemokratische Arbeiter, abweichend von ihrem sonstigen Standpunkt, gerade in „arbeitswilligen“ Ärzten die geeignetsten Berater in Krankheitsfällen sehen?

Bemerkte sei dabei noch, daß leider häufig genug der Ton, in welchem solche Verhandlungen zwischen Kassenvorständen und „ihren“ Ärzten geführt wurden, nicht ein solcher ist, wie ihn Sozialdemokraten gegenüber Arbeitern für angebracht halten können. So hat erst jüngst die Generalversammlung einer Orts-Krankenkasse gelegentlich eines „Streits“ der Kassenärzte eine Resolution gefaßt, in welcher behauptet wird, daß der Streit zwischen Kasse und Ärzten sich um eine Machtfrage drehe und daß das Vorgehen der Ärzte sich gegen die Selbständigkeit der Kasse richte. Dabei forderten die Ärzte neben länger dauernden Kontrakten in wesentlichen nur, daß Beschwerden über Arzneiverordnung seitens der Ärzte und dergl. zunächst einer Arztekommmission zur Begutachtung, nicht zur Entscheidung, vorgelegt werden sollten; d. h. sie verlangten das, was man in industriellen Unternehmungen als Errichtung eines Arbeiterausschusses bezeichnet. Angesichts dieser Ueberreibungen der Kassen-Generalversammlung muß man unwillkürlich an das Verhalten des Hamburger Unternehmerverbandes denken, der auch behauptete, daß der Hafenarbeiterstreik sich darum drehe, „wer Herr im Hamburger Hafen sein solle“.

Schon nach dem bisher Gesagten ist es eigentlich überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die materielle Lage der deutschen Ärzte keineswegs eine scharfe Abweisung ihrer Bestrebungen auf Gebung derselben gerechtfertigt erscheinen läßt. Die Erwerbsverhältnisse liegen gegenwärtig aus den verschiedensten Gründen für den überwiegenden Theil des Arztes so ungünstig, daß dieselben durch ihre Verfassungsfähigkeit kaum das zum Lebensunterhalt nöthige Einkommen gewinnen können, geschweige denn, daß sie in der Lage sind, Ersparnisse zu machen. Schon aus diesem Grunde sollte also die Sozialdemokratie, die nicht bloß die „Hand voll Schwelgen“, sondern auch die Interessen dessen zu vertreten hat, „der mit Scheitel und mit Hm hungernd pflügt“, den Ärzten etwas mehr Wohlwollen entgegenbringen.

Die zweite Zuschrift, die uns von einem Elberfelder Arzte zugeht, lautet:

Zu Ihren Ausführungen über den gesundheitlichen Maximal-Arbeitsstag im Leitartikel der Nr. 159 erlaube ich mir folgende Bemerkungen:

Daß der Erlass des Handelsministers an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, mit Unterstützung der Krankenkassen und ihrer Ärzte Material zur Begründung der Nothwendigkeit eines gesundheitlichen Maximal-Arbeitsstages zu sammeln, ergebnislos bleiben würde, darüber herrsche schon auf der vorjährigen Versammlung des Centralverbandes Deutscher Orts-Krankenkassen nur eine Meinung. Wie sehr diese Auffassung durch die Thatfachen gerechtfertigt worden ist, darüber bringt der erwähnte Artikel ungewöhnliche Belege; auch werden darin dieselben Gründe, die bereits auf der hiesigen Versammlung geltend gemacht wurden, zur Erklärung des Mißerfolges der ministeriellen „Enquete“ herangezogen, nämlich die durchschnittlich sommervoll rüchthändige Organisation und Verwaltung der Krankenkassen, und die Abhängigkeit der Ärzte vom Unternehmertum. Ganz verfehlt aber erscheint das darin vorgeschlagene Mittel zur Abhilfe; der Herr Verfasser erblidt nämlich ein wesentliches Moment für die Besserung dieser Zustände in einer Verallgemeinerung der freien Arztwahl. Eine solche Maßregel hieße aber das Uebel nur noch verschlimmern, wie folgende Betrachtung zeigen wird.

Voraussetzt man das Durchschnittseinkommen eines Kassenarztes, d. h. eines Arztes, der neben seiner Privatpraxis auch Kassenpraxis ausübt (unter den 25 000 deutschen Ärzten sind das etwa vier Fünftel, also ca. 20 000) auf 3000 M., jedenfalls eine nicht zu hohe

Schätzung, so haben diese 20 000 Ärzte zusammen ein Jahreseinkommen von 60 Millionen Mark. Zu dieser Summe tragen aber die Krankenkassen nur den dritten Theil, ca. 20 Millionen Mark, bei, woraus ohne weiteres ersichtlich ist, daß der heutige Kassenarzt mit dem größeren Theile seines Einkommens auf die Privatpraxis angewiesen ist. Daraus folgt unmittelbar seine größere wirtschaftliche Abhängigkeit von dem nicht dem Krankenversicherungszwang unterliegenden Publikum bezw. vom Unternehmertum. In Konsequenz dieser Abhängigkeit wird er also in erster Linie die Interessen des letzteren wahrzunehmen bestrebt sein, abgesehen davon, daß er als Angehöriger der Bourgeoisie schon durch die Tradition und durch gesellschaftliche Bande an den Unternehmer gefesselt und übrigens infolge seiner überaus mangelhaften Ausbildung in der sozialen und gewerblichen kaum befähigt ist, selbst wenn er wirtschaftlich unabhängig wäre, auf diesem Gebiete Untersuchungen anzustellen und Fortschritte anzubahnen.

Wie nun diesem Uebelstande durch die völlige Freigabe der Kassenpraxis begegnet werden soll, ist wirklich nicht einzusehen; denn werden noch mehr Ärzte zur Behandlung der Kassenmitglieder zugelassen, dann wird die ohnehin schon so starke Konkurrenz noch größer, der Einfluß der Einzelnen auf die Kassenpraxis noch kleiner, die Nothwendigkeit, in der Privatpraxis für den Ausfall Ersatz zu suchen, noch dringender, daher die Abhängigkeit vom Unternehmertum noch fühlbarer. Ganz abgesehen davon, daß die Zulassung zur Kassenpraxis an und für sich schon in den meisten Fällen geradezu eine Unterjochung unter die Interessen des Unternehmertums bedeutet, nämlich bei den Betrieb-, Bau- und Innungs-Krankenkassen, zum Theil auch der Gemeinde-Krankenversicherungen, schließlich auch bei den sehr zahlreichen Orts-Krankenkassen, die sich heute noch in den Händen des Unternehmertums befinden, weil die Arbeiter noch nicht genügend intelligent sind, um die Leitung zu übernehmen, — alles in allem bei drei Vierteln aller Kassen überhaupt. Oder glaubt etwa der Herr Verfasser, daß nach obligatorischer Einführung der freien Arztwahl sämtliche Kassenärzte alsbald ein Kartell bilden würden mit dem Programm, von jetzt ab ohne Rücksicht auf die Unternehmer oder sonstige, den Zwecken der Medizin und Hygiene zuwiderlaufende Sonderinteressen nur ihrer Pflicht und der Stimme ihres ärztlichen Gewissens zu folgen? Da kennt er die heutige Arztwahl für die Entwicklung der gewerblichen Hygiene und Schutzeselbstgebung?

Das gerade Gegenstück seines Vorschlages führt nämlich allein zum Ziel, also die Beschränkung der Zahl der Kassenärzte. Wohlverstanden — es scheiden hier von vornherein alle diejenigen Kassenkategorien aus, die nach ihrer Organisation oder aus anderen Gründen einen Einfluß der Arbeiterschaft auf die Führung der Geschäfte nicht zur Geltung kommen lassen, also so ziemlich alles mit Ausnahme der Orts-Krankenkassen. Für diese aber ergibt sich im Hinblick auf alle diejenigen Momente, die heute den Kassenarzt zur Erfüllung seines Berufs in engeren und weiteren Sinne untauglich machen, die Nothwendigkeit

1. den Arzt dem fortpflanzenden Balken der freien Konkurrenz zu entziehen, indem sie ihn durch ein auskömmliches Jahresgehalt, eventuell mit Dienstlohnzulage und Urlaubsberechtigung materiell nach allen Seiten hin unabhängig machen und seiner Stellung gewissermaßen den Charakter eines Beamten der Arbeiterschaft geben;

2. ihn unter Verbot der Privatpraxis ausschließlich mit der Behandlung von Kassenmitgliedern zu beschäftigen und ihm so Gelegenheit zu geben, denselben menschlich näher zu treten und sein spezielles Fachwissen im Hinblick auf die Eigenart der kassenärztlichen Thätigkeit und die besonderen Aufgaben der Sozialgesetzgebung zu vervollkommen.

Mit derart gestellten und vorbereiteten Ärzten dürften sich dann in Zukunft die Grundfragen zum Ausbau der Arbeiterschutz-Gesetzgebung beschaffen lassen; jeder andere Weg hingegen muß nothwendig ohne praktische Ergebnisse bleiben.

Dieses ganze und für die weitere Entwicklung des Krankenversicherungswezens höchbedeutende Problem habe ich ausführlich in meiner beiliegenden Broschüre „Die Lösung der Kassenarztfrage“ behandelt; dieselbe sei Ihrem Herrn Mitarbeiter ebenso zur Lesart empfohlen, wie der ebenfalls beigefügte Verwaltungsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Wilmersdorf, in welchem ich an einem einflussreichen und vereinigten Beispiele gezeigt habe, welche nothwendigen und ausrichtsvollen Aufgaben auf dem Gebiete des Kassen-Ärztlichen wezens noch zu lösen bleiben.

Lokales.

Eine öffentliche Versammlung findet morgen, Sonnabend, im Feen-Palast statt; es wird dort Genosse Wilhelm Liebknecht über: „Die Stellung der Akademiker zum Sozialismus und in der Sozialdemokratie“ sprechen. Bei dem vorausgesetzten großen Andrang werden die Genossen und Genossinnen gebeten, möglichst frühzeitig zu erscheinen. Der Beginn ist auf 8 Uhr festgesetzt.

Zur Lokalliste. In welcher Weise Besizer von gesperrten Lokalen versuchen, die Arbeiter zum Besuch zu veranlassen, zeigt folgender Fall: Der Wirth von dem gesperrten „Noabiter Gesellschaftshaus“ vertheilt unter den Arbeitern der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Ludwig Löwe u. Komp. Willeis, in welchen er zu einem von ihm arrangierten Sommerfest bei freiem Entree einladet. Nach diesen Einladungen soll es scheinen, als ob die Fabrik das Fest veranlassen werde. Das ist jedoch nicht der Fall. Der Wirth hat seine Rechnung ohne die Arbeiter gemacht, da diese entschlossen sind, sich nicht auf diese Art zum Besuch der Lokalliste gebrauchten zu lassen. Öffentlich wird der Wirth in seinem gesperrten Saale am Sonnabend, den 16. Juli, dem Tage dieses Festes, allein Herr im eigenen Hause sein.

Die Lokalkommission. J. A.: Oskar Wahe.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 17. Juli, Familien-Ausflug nach Schmargendorf, Restaurant „Sandsjoui“. Treffpunkt daselbst 10 Uhr früh. Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand des Wahlvereins.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises werden auf das vom Les- und Diskussions-Klub „Süd-Ost“ am Sonnabend, den 16. Juli, im Restaurant „Karpfenteich“, Köpenicker Landstraße, veranstaltete Sommerabendfest ganz besonders aufmerksam gemacht. Die getroffenen Arrangements versprechen jedem Besucher einen durchaus genussreichen Abend. Die Vertrauenspersonen.

Die Politik des Kleinlichen. Es wird von neuem in liberalen Blättern berichtet, daß gar nicht daran zu denken sei, daß die von Magistrat und Stadtverordneten beschlossene Umfriedung des Friedhofes der Märzgefallenen in diesem Jahre angebracht werden könne. Wenn die Leute, welche es auf Verögerung oder Hintertreibung einer harmlosen Ehrenbezeugung abgesehen haben, doch nur bedenken wollten, wie sehr sie sich mit Anwendung derartiger Kleinlicher Mittel ins eigene Fleisch schneiden und auch den harmlosen Bürger kopschneidern mögen. Denn das Eine sollten die wunderlichen Staatsretter sich gesagt sein lassen, daß bei aller grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie auch die bürgerlichen Kreise Berlins bis weit in die liberalen Reihen sanfterer Richtung hinein den Flay, wo die Kämpfer des 18. März 1848 begraben liegen, als eine Stätte der Ehre betrachten, der jeder geistige Mensch Achtung zu sollen hat. Uns Sozialdemokraten wird mit der Politik des Kleinlichen ja am

wenigsten geschadet; wie jede Märzfeier aufs neue erzieht, lebt das Andenken an den größten Ruhmestag des deutschen Volkes in proletarischen Kreisen ungechwächt fort. Wohl aber staucht man den liberalen Mann, der sich infolge der Hilfe, die ihm bei der Reichstags-Wahlwahl aus reaktionären Kreisen zu theil geworden, so leicht hätte zutraulich machen lassen, durch die neue, überaus empfindliche Kränkung abermals gegen das heutige Regiment auf. Glaubst man oben, sich ruhig solches leisten zu können, so kann es uns ja nur recht sein. Aber staatsklug und staatsverhaltend ist das wahrlich nicht gehandelt.

Der Lokalpatriotismus der Rixdorfer, der sich jetzt wegen eines Artikels über Rixdorf gegen die „Kölnische Zeitung“ wendet, wurde vor etwa 1 1/2 Jahren durch etwas Böhnliches nicht weniger stark erregt. Damals hatten wir einen von dem Rixdorfer Volksschullehrer Herrn A. g. h. d. b. verfaßten Artikel, der auf die Schulverhältnisse Rixdorfs ein nicht gerade günstiges Licht zu werfen geeignet war, aus dem stilleren Winkel eines pädagogischen Fachblattes an die Öffentlichkeit gezogen und weiteren Kreisen zugänglich gemacht. Obwohl Herr A. in seinem Artikel nur eine einzige Klasse, die von ihm selbst geleitet, geschildert hatte, geriethen die Hausbesitzer von Rixdorf doch sofort in heftige Erregung. Sie verurtheilten sogar, die vorgelegte Behörde gegen den freiwilligen Volksschullehrer mobil zu machen, der so wenig bedacht hatte, daß er am Ende gar den Zug nach Rixdorf und die Vermietbarkeit der Rixdorfer Wohnungen beeinträchtigen könnte, wenn er die dortigen Sanitätsverhältnisse so schilderte, wie sie sind. Vielleicht suchten die Herren auch nur nach einem passenden Vorwande, Herrn A. noch nachträglich eins dafür auszuweisen, daß er bereits früher durch seine auf eigene Faust vorgenommenen Untersuchungen gezeigt hatte, in welchem Umfange in Rixdorf die Schuljugend schon erwerbsfähig sein muß. Herrn A. ist damals, unseres Wissens, trotz des Beschlusses der Rixdorfer Hausbesitzer, nichts Schlimmes widerfahren. Wohl aber erweist er sich heute der Achtung weiter Kreise der Lehrerschaft, weil er durch sein Vorgehen den Kampf der Schule gegen die Aenderungsbeurteilung ein tüchtiges Stück gefördert hat. Mit den verdienstlichen Arbeiten des Herrn A. kann natürlich der Artikel der „Kölnischen Zeitung“, der sich in der That in Uebertreibungen erging, nicht auf eine Stufe gestellt werden. Nur die Aufregung, die er bei den Stützen der Rixdorfer Gesellschaft hervorruft, ist dieselbe. Man könnte es fast rührend finden, wie eifrig die Jugend dieses Berliner Vorortes von ausgeprochenem proletarischem Charakter jetzt von bürgerlicher Seite gegen den Vorwurf der Verkommenheit in Schutz genommen wird, — wenn man nicht wüßte, daß sonst gerade die bürgerliche Klasse, speziell die Herren Hausbesitzer, über die angebliche Verkommenheit des Proletariats, der Kinder wie der Eltern, zu klagen und zu schelten pflegt. In einem Arbeiterort wie Rixdorf dürfen freilich die Hausbesitzer und ihr Anhang nicht zu offen und zu laut klagen und schelten. Namentlich dürfen sie nicht die proletarische Bevölkerung ihres eigenen Ortes zu schlechten Menschen machen oder machen lassen, weil sie sonst fürchten müssen, daß ihnen der Profit geschmäler wird. Sie möchten ihren Ort und seine Bevölkerung lieber in möglichst günstiger Lage dargelegt sehen; denn sie wünschen ja nichts schlichter, als daß auch zahlungsfähigere, besser situierte Leute in größerer Zahl zu ihnen hinanziehen. Aus diesem Grunde regten sich damals die Honoratioren von Rixdorf über die durchaus sachgemäßen Veröffentlichungen des Herrn A. auf, und zweifellos aus demselben Grunde schreien sie jetzt über das allzu häßliche Kontexte, das die „K. Z.“ von ihrem Orte entworfen hat.

Professor Mommsen bringt Heinrich Heine um. Unzählige Male haben die Nachkommen des Atta Troll den Lieblingsdichter der deutschen Arbeiterschaft schon in Grund und Boden gespöttet und immer ist der Keil noch nicht tot. Da ist es denn ein wahres Wunder, daß ein wahrhaftiger deutscher Professor ihnen zur Seite springt. In reaktionären Blättern ist zu lesen:

In dem Streite über die Errichtung eines Denkmals für Heinrich Heine hatte sich der Verleger Hans Fischer in Mainz an verschiedene Persönlichkeiten gewandt, um zu erfahren, welche Stellung sie zur Frage des Heinrich Heine-Denkmal als am Rhein einnehmen. So auch an Theodor Mommsen. Sein Gutachten war damals nicht veröffentlicht worden. Jetzt hat Herr Fischer bei Professor Mommsen um die Erlaubnis nachgeschickt, sein Gutachten in der von ihm neubegründeten Wochenchrift „Siegfried“ nachträglich veröffentlichen zu dürfen. Professor Mommsen hat zugestimmt. Sein Gutachten lautet: „Ihrer Aufforderung, hinsichtlich des Heine-Denkmal mich zu äußern, kann ich nicht folgen, und ich bitte Sie, mir kurz eine Darlegung meiner Gründe gestatten zu wollen. Daß Heine zu unseren allerersten Dichtern gehört und die Schöpfung und Freilichheit z. gegen ihn Kleinmeister sind, ist zweifellos. Aber leider ist er nicht bloß ein ungezogener Liebling der Grazien, sondern auch kein Mann rechter Ehre. Was ich von seiner persönlichen Haltung und seinem politischen Thun weiß, ist schmähtlich, und wenn das Genie alle Verirrungen deckt, so gilt dies doch nicht von e h r l o s e m Thun. Wenn mich das verhindert, mich zu gunsten der Denkmals-Errichtung auszusprechen, so möchte ich auch nicht öffentlich dagegen auftreten.“

Die Antwort auf dieses professorale Gutachten ist vor 27 Jahren schon gegeben worden, und zwar in dem auch heute noch von der deutschen Arbeiterschaft gern gelesenen „Neuen Wintermärchen“. Dort sagt Heine redidivus bei seinem Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte von sich:

Ich war kein Charakter, doch ein Genie, Und ein Säugling dazu, ein Vertrauter, Doch heute in deutsch-nationaler Bräuh, Heut war ich der größte Charakter!

Die Bekleidung der Ferienkolonien-Kinder ist, wenn sie den Vorschriften des Komitees für Ferienkolonien entsprechen soll, verhältnismäßig kostspielig und für ärmere Eltern geradezu unerschwinglich. Wir haben früher mehrfach die Behauptung aufgestellt, daß schon aus diesem Grunde manches bedürftige Kind zurückbleiben muß, — theils, weil es bei unzureichender Ausrüstung schließlich nicht mitgenommen werden darf, zum Theil auch deshalb, weil viele Eltern angesichts der Bekleidungsbedingungen von vornherein auf ein Aufnahmegeruch verzichten. Nun wird zwar die Bekleidung, wenn die Eltern völlig anher stände sind, für ihren Kindern in der geforderten Güte und Vollständigkeit mitzugeben, zuweilen vom Komitee selber aus einem vorhandenen Fonds und aus privaten Spenden beschafft bezw. ergänzt. Das hat aber bei der Vermögenslosigkeit der hierfür vorhandenen Mittel bisher immer nur ganz vereinzelt geschehen können. Nach einer berichtenden Zuschrift, die uns das Komitee im Mai dieses Jahres zusandte, mußte man allerdings annehmen, daß die Unterstützung mit Bekleidung in neuerer Zeit in zahlreichen Fällen erfolgt ist. Aber der kürzlich ausgegebene Bericht pro 1897 sagt, das Komitee habe aus den Mitteln der Constant Sala-Stiftung 147,90 M. zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen erhalten, damit sein armes Kind lediglich aus dem Grunde unberücksichtigt bleiben sollte, weil die Eltern nicht im stande waren, die unbedingt notwendige Bekleidung zu beschaffen. Der Betrag sei für 23 Kinder verwendet worden. (Frühere Berichte gaben keine bestimmte Zahl an.) Außerdem habe ein Grundbesitzer-Verein für seinen Bezirk zu gleichem Zwecke 150 M. bewilligt, wodurch einer weiteren Zahl von Kindern geholfen worden sei. Wie vielen dadurch geholfen sei, sagt der Bericht nicht; da aber der Geldbetrag fast derselbe war, so dürften es etwa ebenso viele gewesen sein. Von weiteren Spenden und Unterstützungen dieser Art haben wir nichts in dem Bericht gefunden. Wir dürfen also die Zahl der mit Bekleidung unterstützten Kinder auf knapp ein halbes Hundert schätzen, während über 3000 in die Kolonien geschickt wurden und gegen 6000 andere, die ebenfalls zur Aufnahme gemeldet waren, abgewiesen werden mußten. Unsere Leser mögen

entscheiden, ob man da von zahlreichen oder nur vereinzelt Fällen der Abweichung sprechen darf. Es würde mich freuen, wenn das Komitee in der Lage sein sollte, uns den Nachweis zu führen, daß unsere Schätzung doch zu niedrig ist, und daß noch von anderer Seite in nennenswerther Zahl Unterfügungen durch Abweichung erfolgen.

Die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Berlin errichtet bei Westy eine Heilstätten-Anlage, wie sie wohl ihrem Umfange und ihrer ganzen Einrichtung nach unerreicht dastehen soll. Es wird darüber berichtet: Das Gelände, auf welchem die Anlage errichtet wird, ist durchweg Waldterrain und hat einen Umfang von 500 Morgen. Das Terrain bildete bisher einen Teil der Westy'schen Stadt, ist unmittelbar am Bahnhof gelegen und wird von der Westy'schen Eisenbahn in zwei Theile durchschnitten. Auf der einen Seite werden die Lungenheilstätten für Männer und Frauen, auf der anderen Seite Sanatorien für Männer und Frauen errichtet. Die Gesamtzahl der Betten wird auf 550 festgesetzt, doch ist das Projekt von vornherein auf eine dreifache Vergrößerung berechnet. Es kommen im ganzen 20 verschiedene Gebäude zur Errichtung, welche mit den besten hygienischen Einrichtungen der Neuzeit versehen werden sollen. Der Gesamtlostenaufwand einschließlich der Kosten für das Terrain und die innere Einrichtung wird sechs Millionen Mark betragen. Das Bauprojekt ist vom Igl. Bau- und Sanitätsrat und dem Verwaltungsdirektor des Krankenhauses Noabitz, Herrn Werke aufgestellt worden. Die Leitung des Baus liegt in den Händen des zur Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin beurlaubten Regierungsbaumeisters Scholz.

Eine ganz ungläubliche Dummheit traut ein hiesiges Lokal-Blatt der preussischen Regierung zu. Der unglückliche Mörder der Vertha Singer hat sich wochenlang in Berlin herumdrücken können, ohne daß die Polizei seiner habhaft wurde. Das mag vielleicht nicht von einer außergewöhnlichen Intelligenz der Polizei zeigen. Weil dem nun so ist, soll dem Lokalblatt zufolge, nicht etwa die Polizei geschweigt haben, sondern der anständige Bürger mit neuen Schwereisen belästigt werden. Der Landtag soll, wie das Blatt herausbekommen zu haben vorgibt, nächsten Winter bei Veranlassung der neuen Polizeigesetze sich einer Verschärfung der Kur- und Abmeldepflicht in der Richtung zu beschäftigen haben, daß auch die Mieter und Asternmieter für die sofortige Meldung aller sich bei ihnen auch nur beschuldigen ausfallenden Personen für haftbar erklärt werden, und daß für Nichtbefolgen der Bestimmungen im Wiederholungsfalle Haftstrafen festzusetzen sind.

Wir halten von der Intelligenz der preussischen Regierung nicht mehr, als von der Intelligenz ihrer Polizei. Aber unmöglich trauen wir ihr die Thorheit zu, daß sie den braven Bürger und Gefangenen nicht, wenn er den Versuch seiner Schwiegermutter nicht auf dem Wiederbureau anmeldet. Den Kriminalpolizisten möchten wir aber sehen, der da glaubt, daß die schweren Jungen und ihre Helfershelfer sich um schwere An- und Abmelde-Verordnungen kümmern werden!

Kaufereien. Eine Lokalcorrespondenz meldet: Ein Säbel- und ein Pistolengefecht haben in den letzten Tagen in der Nachbarschaft von Berlin stattgefunden. Das Säbelduell wurde am Sonnabend zwischen zwei Zivilpersonen bei der Almen-Allee auf Westend ausgefochten. Einer der Kämpfer wurde verwundet. Der Kampf ist von einigen Zeuten aus der Nachbarschaft gesehen worden. Näheres ließ sich indessen bisher nicht ermitteln. Das Pistolenduell fand Donnerstag früh in der Spandauer Forst statt. Es scheint unblutig verlaufen zu sein. Die Gegner sind auch in diesem Falle nicht bekannt.

Der unglückliche Mörder der Singer, der Schneider Guttmann, bestreitet noch wie vor, mit dem Verbrechen in Verbindung zu stehen. Er will die Singer nicht näher gekannt haben und leugnet, daß er anonyme Briefe an die Polizei geschickt habe. Demgegenüber soll die Identität der Handschrift der anonymen Briefe mit derjenigen Guttmann's festgestellt sein. Gerade durch diese Schreiben wurde der Verdacht auf G. gelenkt. Bemerkten wollen wir noch, daß die Verhaftung des Guttmann in einer Gastwirtschaft in Königs-Butterhausen gelang.

Brandenburg Sängerkreis. Die Fahrkarten zu den Jagden am Sonnabend Abend 7 1/2 Uhr und Sonntag früh 7 1/2 Uhr müssen bis Sonnabend Mittag, gleichgültig ob von Vereinen oder Privaten bei Hübler, Wilhelmstr. 134, abgeholt werden.

Die Große Berliner Straßenbahn hat den zweigleisigen Ausbau der Weichenseer Linie zwischen der Verbindungsbahn und der Reichsbahn in Aussicht genommen; sie beabsichtigt, in nächster Zeit die Panower Linie zwischen Kastanien- und Pappel-Allee und der Ringbahn ebenfalls zweigleisig auszubauen und ferner die Endhaltestelle am Wilhelmsplatz von Jenner in Treptow zu vergrößern, da die jetzige kurze Haltestelle, insbesondere bei starkem Sonntagsverkehr, zu Beschwerden Veranlassung gegeben hat.

Für den elektrischen Betrieb auf der Straßen-Ringbahn sind die Einrichtungsarbeiten jetzt in der Hauptsache beendet. Die Eröffnung des elektrischen Betriebes kann aber erst zum Oktober erfolgen, da vor der geplanten Umgestaltung des Potsdamer Platzes die polizeiliche Genehmigung für den elektrischen Betrieb nicht erteilt wird.

Verletzung durch Hufschläge. Der 50-jährige Stallmann Johann Leiber wurde, als er in dem Stalle des Fuhrherrn Weyrecht in der Remelerstraße ein Pferd zum Reiten herausführen wollte, von diesem geschlagen und untermüht so schwer verletzt, daß er bald darauf den Geist aufgab. — Ebenfalls durch Hufschläge eines Pferdes wurde vor dem Hause Königgrüßerstr. 13 der Drochsenhändler Wilhelm Grabow schwer verletzt. Nach Anlegung eines Verbandes auf der Unfallstation I erfolgte seine Ueberführung in das Krankenhaus Noabitz.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich, wie uns berichtet wird, gestern Mittag gegen 1 Uhr auf der Ringbahnstrecke zwischen Strolau-Kummelsburg und Friedrichsberg. Von einem Güterzuge entgleiteten zwei Wagen; während der vordere Wagen zum Theil zertrümmert wurde, kam der letzte quer über dem Geleise zu stehen. Auch wurde ein Wärtterhaus durch den Unfall beschädigt.

Nach Mittheilung des Polizeipräsidenten ist der Polizeiverordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen vom 19. Oktober 1893 bei Absatz 4 des § 21 folgender Satz hinzugefügt worden: „Mit unserer Genehmigung kann auch in geringerer Entfernung von bewohnten Gebäuden eine Stelle angewiesen werden, sofern diese Gebäude durch Erdwälle oder in anderer Weise gegen die Wirkungen einer auf der Ladestelle eintretenden Explosion genügend geschützt sind.“

Ein von Berlin aus festbrüchlich verfolgter Verbrecher, der vielfach vorbestraft, gemeingefährliche Zuhälter Karl Ewert, ist gestern in Hamburg der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. In der Meichenstraße war eine Frau mit einem fremden Menschen in Streit gerathen. Ein hinzukommender Schumann forderte beide auf, sich zu entfernen, worauf man der Mann sich gegen den Beamten wendete und ihn beschimpfte. Er sollte in Folge dessen verhaftet werden, wehrte sich dagegen aber aufs heftigste und konnte erst nach längerer Zeit und nur mit Hilfe einiger Passanten überwältigt und zur Wache gebracht werden. Hier aber stellte sich heraus, daß der Verhaftete eben jener festbrüchlich verfolgte Zuhälter war, worauf er nun in fester Gewahrsam genommen wurde, um dann der Berliner Staatsanwaltschaft ausgeliefert zu werden.

Recht verhängnisvoll wurde vorgestern dem 21-jährigen Handlungsgehilfen W. der Verlust einer Monatskarte der Stadtbahn. Er hatte die Karte auf dem Bahnhof verloren und bemerkte das Fehlen derselben, als er sie dem Bahnsteigwächter vorzeigen wollte. Der Handlungsgehilfe begab sich nach dem Stationsbureau, wo er die Mittheilung erhielt, daß eine Monatskarte soeben abgeliefert sei. Nach seinem Namen gefragt, geriet er in einen Augenblick in Verlegenheit, und als er nun ab und nach den Namen auf ein Stück

Papier aufschreiben mußte, stellte sich heraus, daß er gar nicht der rechtmäßige Inhaber jener Karte sei. W. gestand denn auch ein, daß er die Monatskarte gefunden und für sich gebraucht habe. Der leichtsinnige junge Mann dürfte sich wegen Betruges und wegen Fahndungserfolgung zu verantworten haben.

Auf freier That wurde gestern Morgen der Hausdiener Wilhelm H., der bei dem Delikatessenhändler Banasch in der Spandauerstraße 37 in Stellung war, bei einem Diebstahl ertappt. Banasch war es schon länger aufgefallen, daß H., wenn er morgens nach Berlin zur Markthalle fuhr, eine Menge Säcke mitnahm. Gestern Morgen sah er einmal genauer zu und fand nun in die Säcke eingeschlagenes Schokolade, Wein, Honig und Hummern im Werthe von 25 M., die H. sich heimlich angeeignet hatte. Der ertappte wurde festgenommen, gestand, derartige Diebstähle schon wiederholt verübt zu haben, und gab an, daß er die gestohlenen Sachen zu einem Verwandten in Berlin gebracht habe. Ob diese Angabe richtig ist, bedarf noch der Untersuchung.

Unfall im Straßenverkehr. Auf dem Kreuzungspunkte der Potsdamer- und Wilhelmsstraße stieß vormittags ein Wagen der elektrischen Straßenbahn der Linie Schöneberg-Alexanderplatz mit dem Anhängen eines Wagens der Linie Zoologischer Garten-Schleissches Thor zusammen. Von den Insassen der Wagen wurden sechs Personen unbedeutend verletzt; der Wagen der ersten Linie wurde stark beschädigt. Eine Betriebsstörung trat nicht ein. Die Ursache des Zusammenstoßes dürfte darin zu suchen sein, daß die Wagen auf dem frisch gesprengten Geleise trotz des Bremsens weiterstühten.

Wie wir vor einigen Tagen mittheilten, gerieth eine arme Handelsfrau, die neun Kinder und ihren Mann zu ernähren hat, dadurch in große Verdrängnis, daß sie an einem Tage nicht weniger als acht Aufforderungen zum Hastantritt auf fällig gewordene Straßmandate hin erhielt. Zwei Tage später wurden der Handelsfrau anonym durch Postanweisung fünf Mark zugesandt; gleichzeitig theilte ein hiesiger Kaufmann aus dem Centrum der Stadt der Armenkommission des betreffenden Bezirkes mit, daß er die Zahlung der gesammelten vorliegenden Strafen für die Frau übernehmen werde, nur käufte er hieran die Bedingung, daß sein Name nicht genannt werde.

Mit mehreren Stichwunden im Kopfe wurde Donnerstag, morgens um 4 Uhr, der Drochsen Georg Neumann von einem Schuttmann des 12. Reviers am Rosenthaler Thor bewußtlos aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht. Nach den bisherigen Ermittlungen hat Neumann mit zwei anderen Männern in einem Schanklokal gespielt und ist dabei um etwa 50 M. erleichtert worden. Das Ende war ein Streit, in dem Neumann von seinen beiden Begleitern auf der Straße mit dem Messer bearbeitet wurde. Die Messerstiche sind festgenommen worden. Der Gestohlene ist noch nicht vernehmungsfähig.

Im Kampfe mit Rowdy fand gestern Abend eine Arretierung statt. Der Kaiser Friedrichsplatz, wo die neue evangelische Garnisonkirche steht, ist mit kleinen Gedächtnis verziert. Gegen 1/2 Uhr hörten Passanten aus einem dieser Gedächtnis jämmerliches Geschrei einer Frauenderson. Als man näher hinzutrat, kam ein junges Mädchen und hinterher ein Mann, dem Jubelsternum angehörend, heraus. Der Mann verfehlte dem Mädchen unter unflätigen Schimpfworten mehrere Schläge ins Gesicht. Ein Schuttmann wollte den Rowdy nach der Wache bringen. Aber unter den Zuschauern befanden sich Genossen des brutalen Menschen, die sofort auf den Schuttmann einwirkten, ihm den Sistrin entzogen und ihn bedrohten. Die Sache hätte auf jeden Fall für den Schuttmann ein schlimmes Ende genommen, wenn nicht zwei Soldaten vom Kaiser Franz-Garde-Regiment, ein Gefreiter und ein Spielmann, hinzugekommen wären, die dem Schuttmann Hilfe leisteten. So konnte schließlich die Arretierung erfolgen. Der Mann hatte das Mädchen nach dem Gedächtnis geschleppt, um es dort zu vergewaltigen.

Einem verheulenen Leben hat der Schornsteinfegermeister Heinrich Koch aus der Großen Frankfurterstr. 54 ein gewaltsames Ende gemacht. Die Verirrungen des schon 66 Jahre alten Mannes sind unbegreiflich. Schon vor zwei Jahren machte er einmal von sich reden. Koch, der seinerzeit in der Blumenstraße wohnte, machte bei Buggeuhagen ein Fest mit, das bis in den Morgen hinein dauerte, und war dann verschwunden. Er war mit 1600 M. nach Hamburg gefahren, und hatte dort sein Geld in kurzer Zeit verendet. Seine Frau schickte ihm das Geld zur Rückreise, die er denn auch sofort antrat. Da Koch ohne weiteres seine Arbeit vernachlässigte, so schritt die Zunft gegen ihn ein und kündigte ihm sein Amt. Da die Kündigung für das laufende Jahr zu spät kam, so mußte man den Meister bis zum Januar 1899 in seiner Stellung und seinen Einkünften belassen, beschritt aber den Aufweg einer Abfindung. Koch erhielt seinen eigenen Angaben nach 4000 M. Mit dieser Summe wollte seine Frau ein Geschäft anfangen, sie bekam sie jedoch nicht zu sehen. Am 7. April ging der Mann zum Marktplatz, um einen Termin wahrzunehmen. Er hatte versprochen, rechtzeitig zurückkehren zu wollen, kam aber überhaupt nicht wieder, sondern verschwand mit den erhobenen 4000 M. Alle Nachforschungen der Frau blieben ohne Erfolg, obwohl der Mann es fertig brachte, seine Kleidung und seine Wäsche heimlich aus der Wohnung herauszubringen. Wie sich später herausstellte, lag Koch eine zeitlang den ganzen Tag in den Wädhenschneppen, zog dann mit einer Strohdornie zusammen, die er als seine Nichte anmeldete. Bekannt gegenüber bemerkte er in der letzten Zeit mehrfach, wenn es mit dem Gelde zu Ende sei, würde er sich das Leben nehmen. Seine Wirthskollegen ahnten nicht, daß „Onkel und Nichte“ ein Liebespaar seien. Wiederholt machte der bedröhtete Mann mit seiner Geliebten auch Reisen. Endlich war das letzte Geld ausgegeben. Während seine Geliebte abends ausgegangen war, angeblich um das Theater zu besuchen, erhängte er sich in der gemeinsamen Wohnung in der Wolg-Strasse. Die Geliebte fand ihn als Leiche wieder. „Die zum letzten Witzzuge der Dornie“ hatte er ihr hinterlassen. Die entlarvte Nichte mußte sofort die Wohnung räumen.

Feuerbericht. Mittwoch Nachmittag 6 Uhr war Zilliterstraße 45 ein Kellerbrand zu besichtigen, der Gerümpel und Berg einäscherte. Abends 9 Uhr erfolgte Alarm nach Waldemarstraße 42 und Gleditschstr. 43. Im ersten Halle hatte sich eine kleine Menge Phosphor entzündet und die Umgebung in Flammen gesetzt. Im andern Halle brannte der Inhalt eines Schaufensters von einem Konfektions-Geschäft. Donnerstag Nachmittag wurde die Wehr nach Blumenstr. 80/81 gerufen. Hier war im Keller der Drochsenhandlung von Otto Kuhnert ein Ballon Benzin angelassen, das Feuer fing, als ein Arbeiter ein Licht anzündete. Glücklicherweise war er beherzt genug, um die im Keller befindliche Wasserleitung aufzudrehen und den Brandherd unter Wasser zu setzen, so daß der herbeigerufenen Wehr nichts zu thun übrig blieb. Der entstandene Schaden ist unbedeutend.

Aus den Nachbarorten.

Röpenda. Der Magistrat giebt bekannt, daß die Liste der stimmungsfähigen Bürger für 1898 vom 15. bis 30. Juli im Magistratsbureau Zimmer 8 öffentlich ausliegt. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste beim Magistrat Einspruch erheben. Wahlberechtigt ist jeder, der seit einem Jahre in Stadtbezirk wohnt, seine Armenunterstützung erhalten, seine Gemeinde-Abgaben bezahlt hat und zu einem Einkommen von mindestens 600 M. veranlagt ist. Zur näheren Auskunft sind gern bereit die Parteigenossen Adolf Schulz, Fiedler, Siegelmann, Hr. Richter, Wäthcherstr. 45, 11. Niemand verlaune, zu rechter Zeit nachzugehen. Der Vertrauensmann.

Der Amtsvorsteher von Oypen, dem die Sozialdemokratie für seine ungewollte Mitarbeit an der Förderung ihrer Ideen so vielen Dank schuldig ist, nimmt Abschied von Adlershof und läßt sich demnach pensioniren. Von 1863 bis 1888 hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in diesem Orte ungefähr verdoppelt. Den 24 Wählern, die am 16. Juni d. J. unsern Rubel ihre Stimmen gaben, standen aber immer noch 184 Wählern

feute gegenüber; vielleicht hätten wir diese unter d. Oypen's Regiment mit der Zeit auch noch zum großen Theil zu uns herübergeleitet. Vorläufig wirkt der Amtsvorsteher allerdings immer noch in seiner Weise staatsbehaltend; namentlich der Gastwirth Lindemann in Grünau wird immer noch tapfer von Herrn v. Oypen bedacht. Bis vor kurzem hatte dieser Wirth, der sein Lokal trotz alledem unerschrocken zu Arbeiterversammlungen hergibt, wenigstens jeden vierten Sonntag für öffentliche Tanzmusik frei. Aber auch dieser letzte Sonntag ist ihm genommen worden und er ist jetzt einzig auf Vereinsveranstaltungen angewiesen. Kürzlich mußte es Herrn v. Oypen passiren, daß sein staatsbehaltender Eifer einer gerichtlichen Korrektur unterworfen wurde. Wie unsere Leser aus der Mittheilung in Nr. 130 des „Vorwärts“ wissen, war Herr Lindemann mit einem Strafmandat bedacht worden, weil er genau zu der Zeit, als die samose Sabath'sche Änderung am Spordienmal soweit wir wissen, strafrei verübt wurde, seinen durstigen Gästen im Garten Bier kredenzte und dadurch angeblich gegen die Sonntagsruhe gefrevelt hatte. Lindemann beantragte gerichtliche Entschädigung und hatte den Erfolg, daß er vom Schöffengericht in Köpenick freigesprochen wurde. In dem Erkenntnis heißt es, daß das Auslegen der Bierfässer im Garten weder geruchsvoll noch bemerkbarer als das Auslegen der Biergläser gewesen sei und der Angeklagte sich einer Uebertretung der Verordnung, betreffend die Sonntagsruhe, nicht schuldig gemacht habe. Solche kleine Korrekturen muß man sich eben noch im Kampfe für Ordnung, Religion und Sitte gefallen lassen. Aber das darf einen braven Beamten nicht verdrüben. Vielleicht bleibt Herr v. Oypen dem Staate doch noch erhalten.

Die Verkehrsordnung für den Kurfürstendamm, welche bestimmt, daß an Sonntagen die südliche Seite nur von Radfahrern benutzt werden darf, bringt für die Drochsenkutscher, wie unsere Leser aus einer früheren Mittheilung wissen, manche Unannehmlichkeit mit sich. Gegen diese Bestimmung nahm der Vorstand des „Kaufvereins der Drochsenkutscher“ entschieden Stellung und beschloß, die Charlottenburger Polizeidirektion zu ersuchen, die Verordnung wieder aufzuheben und anzuoordnen, daß auf dem Kurfürstendamm ebenso in der Richtung von Berlin nach Halensee wie in der umgekehrten Richtung von Halensee nach Berlin sämtliche Fuhrwerke nur auf der rechten Seite der Straße fahren dürfen, und daß diese Bestimmung in genau derselben Weise auch für die Radfahrer gelten soll.

Das elendeste aller Wahlsysteme. In Charlottenburg schließt die erste Abtheilung der Landtagswähler mit einem Steuerbetrage von 254,90 M., die zweite Abtheilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 2350,70 M. und endigt mit 604,90 M., während die dritte Abtheilung mit 604,79 M. beginnt.

Die Stadtgemeinde Charlottenburg hat mit der Stadtgemeinde Spandau einen Vertrag abgeschlossen, um einen Abhangen anzulegen zur Beleuchtung der nördlich der Charlottenburger Reichelder Karolinenhöhe-Gotow aufgetretenen Durchseuchtungen.

Zu der Festnahme zweier junger Mädchen in Nixdorf wird weiter berichtet, daß in Verfolgung dieser Angelegenheit der Polizei die Aufhebung eines ganzen Kupplernestes gelungen ist. Die Mädchen waren nach einer in der Kuvy-Strasse belegenen Wohnung verschleppt worden, wo sie mit verächtlichen Dirnen und Zuhältern zusammen haften und von wo aus sie abends auf den Namerfang gehen mußten. Außer der von uns bereits gestern gemeldeten Verhaftung zweier Zuhälter ist inzwischen auch die Festnahme einer Dirne G. erfolgt.

Grausiger Fund. Ein menschlicher Fuß wurde gestern Morgen nach dem Einlaufen eines Säckling-Juges auf dem Bahnhof Zoologischer Garten gefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß er zu einem Manne gehörte, den der Zug bei Tempelhof überfahren und zermalt hatte.

Gerichts-Beilage.

Aus dem Leben und Treiben der ermordeten Vertha Singer brachte eine Verhandlung, welche gestern unter den Vorsitz des Amtsrathes Edsler vor der 134. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand, bemerkenswerthe Mittheilungen. Der frühere Drochsenkutscher Paul Köhler, welcher zur Zeit eine neunmonatige Gefängnisstrafe wegen schweren Diebstahls verbüßt, wurde vorgeladen unter der Anklage, die Singer schwer verletzt und wiederholt mit dem Verbrechen des Tödtungs bedroht zu haben. Der Angeklagte bekannte sich schuldig. Er habe zwei Jahre lang mit der Singer verkehrt und habe die erste Absicht gehabt, sie zu heirathen. Er habe ihr deshalb auch seine Zuhälterdienste geleistet, sondern sich demüthigt, sie auf einen guten Weg zu bringen. Seinem Antrage, die Singer von der polizeilichen Aufsicht zu befreien, sei deshalb auch stattgegeben worden. Aber die Ermordete sei stets wieder rückfällig geworden und wenn er sie dabei betroffen habe, sei es allerdings vorgekommen, daß er sie geschlagen habe. Eines Tages habe die Singer die Nähmaschine, welche er ihr angeschafft hatte, verkauft, weil sie nicht arbeiten wollte; da sei er denn demohnen in Wuth gerathen, daß er sie zu Boden geworfen und ihr einen Fußtritt gegen den Bauch versetzt habe. Jedesmal, wenn er mit ihr in Streit gerieth, habe die Singer die ungeheuerlichsten Beschuldigungen ausgefochten und gedroht, daß sie ihn in's Justizhaus bringen würde, wie so manche vor ihm. Wiederholt habe sie bei solchen Ausbrüchen gerufen: „Du bist der Rische-Mörder, ich werde es Dir beweisen!“ Im August v. J. hatte die Singer sich zur Kriminalpolizei begeben und den Angeklagten wegen Körperverletzung und Bedrohung angezeigt.

Der Vorsitzende bemerkte, daß es jedenfalls ein Glück für den Angeklagten war, daß er sich in Untersuchungshaft befand, als die Singer ermordet wurde, denn sonst würde er wohl wie so viele, die zu der Ermordeten in Beziehungen gestanden hatten, in den Verdacht der Thäterschaft gerathen sein.

Da eine Frau, welche bei den Mißhandlungen zugegen gewesen sein soll, nach England gegangen ist, so war der Gerichtshof lediglich auf das Geständnis des Angeklagten angewiesen. Er wurde unter Jubilation von mildernden Umständen zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt.

Das Kammergericht wies gestern die von unserm Genossen Gayer, dem Redacteur der „Märk. Volksstimme“, eingelegte Revision zurück, die sich gegen seine Verurtheilung wegen Verleumdung des Polizeikommissars Weimert gerichtet hatte. Etwas Deutliches über die Gründe war aus dem Vortrage des Kammergerichtsrathes v. Uechterich nicht zu entnehmen. Der schon bejahrte Herr giebt seine Referate meistens im Plüsterorte, was in der Wirkung einem Ausschusse der Oeffentlichkeit gleichkommt.

Ein Flottenschwärmer und Kommerzienrath wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt. Der Verein für die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen, dem 400-500 Mitglieder angehören, besitzt einen Ausschuss von 36 Mitgliedern, die mit dem Vorstande und den Generalversammlungen berufen sind, die Zwecke und Ziele des Vereins zu fördern. Der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrath August Serbais, ließ durch den Landtags-Abgeordneten Dr. Weimert, der geschäftsführendes Mitglied ist, die 36 Ausschussmitglieder brieflich einladen, am 18. Januar 1898 in einem Düsselbacher Gasthof zu einer Sitzung zu erscheinen. Neben anderem sollte Stellung genommen werden zu einer Kundgebung für die Marinevorlage der Regierung, und zwar, wie betont wurde, „aus wirtschaftlichen Gründen“. Die 11 Ausschussmitglieder, die dem Aufse gefolgt waren, besprachen denn auch die Flottenvorlage nach einem Referat des Dr. Weimert und erklärten dann in einem Beschlusse, daß der Verein die Verstärkung und Ausgestaltung der deutschen Kriegesflotte in dem durch die Regierungsvorlage geforderten Umfange für eine wirtschaftliche Nothwendigkeit halte und daß den Mitgliedern dringend zu empfehlen sei, an einer nach Berlin einberufenen Versammlung theilzunehmen. Den Vorsitz in der Sitzung führte Kommerzienrath Serbais. Außer den brieflich eingeladenen Vereins-Ausschussmitgliedern durfte niemand daran theil-

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 15. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll). Bar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reflex. Frage an das Schicksal. Pierrot; Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Aschermittwoch. Mein treuer Antonie. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deiken. Alessandro Stradella. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Gefessener. Anfang 8 Uhr.
Selle-Milance. Der letzte Brief. Anfang 8 Uhr.
Frederich. Wilhelmshäufel. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Süvaldenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Ostend-Carl Weij-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich: Auf Sumatra. Anfang 8 Uhr.
Vorstellungsbillets haben Gültigkeit.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Vollständig neues Programm!
Gehr. Foré, Gelsch, Vanooni, Franks, Sylon, Müller-Admer, Charakter-Solisten, The Garretton, Pantomime, Slown Tutti u. f. d. Gleichen, Tänze u. sprechend. Schmeich. Anfang 8 1/2 Uhr.
Passe-partouts haben Gültigkeit.
Sonnabend: Gr. Sommertheaterfest.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse 11/12
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wesfel, Vicco, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schraber).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark
(siehe Plakate).

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.
Heimlich.
Siederschwanz von G. H. Paul.
Rust von Conrad.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Biederer.
Rust von Theile.
Im Saale: **Grosser Ball.**

**Reichshallen-
Garten-Theater.**
Leipzigerstr. 77.
Das Beste vom Besten,
was bisher über die Bretter
gegangen ist:
Berlin auf Stelzen!
Von W. Agoston und
K. Wilhelm.
Ferner:
20 Spezialitäten
1. Rang.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorzugsarten gültig.
Bei ungünstiger Witterung
im großen Theateraal.

**Pahlmann's
Vaudeville-Theater**
Schönhauser Allee 148.
O diese Radler!
Posten-Burleske von Oskar Victor.
Röder.
Austreten d. gesammten neu engagierten
Schauspiel- u. Spezialitäten-
Personals.
Im Saal: **Gr. Fest-Ball.**
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Konz. 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

Apollo-Theater.
Neues Programm.
Um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske in 2 Bildern.
Ferner:
20 Spezialitäten 1. Rang.
Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert
7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Ostbahn-Parf.
Am Küstriner Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
**Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.**
Anfang des Konzerts:
Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung
finden die Vorstellungen im
großen Saal statt.
Reine neuerbauten Plätze
sindh Bereinigen zur Verfügung.

Prater-Theater,
Rastanien-Allee 73.
Freitag, den 15. Juli 1897:
Sensitiv f. d. art. Leiter Hugo Schulz.
Krieg-Prin.
Poffe mit Gesang in drei Akten von
G. Wilfen. Musik von G. Michaelis.
Austreten der Koffim-Soub. Elsa de
Planque, der 4 Taumar, etc. Gesang-
und Tanz-Quartett, sowie des engag.
Spezialitäten-Personals.
Ballot, Konzert und Ball.
Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., refero.
Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Letzte Saison
vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
Tausend und eine Nacht.
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

AUSSTELLUNG am KURPÜRSTENDAMM.
**Carl Hagenbeck's
INDIEN**
Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm.,
an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm.,
im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: **Gr. Militär-Doppel-Concert.**
Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Actien-Brauerei Friedrichshain
früher Lipps am Königsthor.
Heute: **Vorletztes Konzert**
von **Eduard Strauss**
Kaiserl. und Königl. Hofballmusikdirector
mit seiner vollständigen Kapelle
aus **Wien.**
Entree 50 Pf. **Reserv. Platz 1 Mark.**
Fochachstend 5700*
G. Niemann, Gastwirth.
Bei ungünstiger Witterung im großen 3000 Personen fassenden
Konzertaal.

Am Königs-
Thor.
Haltestelle der
Ringbahn.
Schweizer Garten.
Am Friedrichs-
hain.
Haltestelle der
Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-
Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Saal: **Ball.**
An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die
Kaffeehalle von 3-5 Uhr geöffnet. Anfang des
Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Billets zu ermäßigten Preisen in Handlungen.
Größeren Vereinen empfehlen wir unter
Stabführung (mit Vorstellung und Ball) zur
Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Max Klem's Sommer-Theater,
Gafenhoide 14/15. - Artisticler Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
**Ulrico's Wander-Tauben. - The Dissenato's. -
The Georges. - Charles Goyen, Parodist. - Paul
Frey, Charakterkomiker. - Franziska Wünsch, Soubrette. -
Lena Werner, gen. der kleine Robold.**
Neu! Unsere blauen Jungens oder Kiantschau in Berlin.
Operetten-Burleske von B. Geride.
Die kleine Bombe. Schwank in 1 Akt von Gty.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Grosses Doppel-Konzert.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr,
Sonntags 5

Empfehle allen Freunden und Parteigenossen mein
Weiss- und Bairisch-Bierlokal.
Großer Garten, Kegelbahn, Vereinszimmer, Kaffeehäde stehen
zur gefälligen Benutzung zur Verfügung.
Hirche & Köppen, J. B.: Anton Bäker.
Friedrichsfelde, Berlinerstraße 112.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Théâtre-
Variété.
Sensationell:
Die schöne
Tätowirte
Sga.
Radolfi
als Athletin.

**Castan's
Panopticum.**
Major Graf
**Neu!! Walsin-
Esterhazy.**
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Fahrräder.
Stets großes Lager erhaltl. Fabri-
kate auf 40000*
Theilzahlung
ohne Verhörschöpfung zu den launlichsten
Zahlungsbedingungen.
Herrn- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Institut für Zahnleidende.
Herm. Herold, Elsasserstr. 92 I. (Rosenthaler
Thor).
Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.
Künstliche Zähne unt. Garantie d.
Branchbarkeit.
Neu! Schmerzloses Zahnziehen und Plombiren!
Gebisse ohne Gaumenplatte, D. R.-Patent No. 93 522.
Nur hier darf Niemand in Berlin u. Umgeg. diese patentirten Gebisse
anfertigen! Institutpreise! Beliebige Theilzahl! Sprechst. 9-12, 3-5.
Telephon III. 3014.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen

Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalft, Spezialität. 7 M.
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 M.
" " Befah u. Knopfversierung 3,00, 4,50,
5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
" **Agrarstiefel, Befah. 6,50, 7,50, 8,50 bis**
18 M.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellenschuhe** in den
verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, rechl. solb. fräftig, 4,50 bis 6,50 M.
" **Schaftstiefel, Reitsstiefel.**
Damen-Zugstiefel 2,00, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
" **Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befah u. Kappe,**
von 3,50 M. an.
" **Schnürschuhe von 3,50 M. an**
" **Hauschuhe von 3,00 M. an**
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
äußerst solb. gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an.
Gröste Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervortheilung
ausgeschlossen. (4666)*

Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Milance-
straße 102.
W., Schilfstraße 12.
Stettin, Reifschlagerstraße 14.
Hannover, Ringmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
Bremen, Paulstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauen-
berg 26.
Jel 67.
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Landbergerstraße 7.
Dumboldstr. 22.
Amalienstr. 28.

Import. Export. Cigarren Engros. Versand.
Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung
angehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten
zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:
100 Stück Mk. 2,20. Maiglöckchen
100 Stück Mk. 3,30. La Bahia
100 Stück Mk. 3,75. Regina
100 Stück Mk. 4,50. Edelweiss
Goldonkal No. 4 Mk. 2,90 | Marke Manilla 1 Mk. 3,50 | Tabakplant Mk. 4,50
Achtung präsent " 2,90 | dieselbe, 300 St. franko " 10,- | Mexikanos " 5,-
Concordia (Bock-Façon) " 3,30 | Casino No. 19 " 4,- | Perla de St. Felix " 5,50
Marke Suprema " 3,50 | dieselbe, 300 St. franko " 11,- | Irene, feinsblumig " 6,-
Denjenigen Rauchern, die keinerlei Werth auf das Aeusserere einer Cigarre legen, sondern
lediglich auf Qualität sehen, empfehlen wir unsere nachstehenden
Ausschuss-Sorten,
welche ca. 20 % billiger als die rein sortirten Farben sind:
Ausschuss No. 13 Mk. 2,50 | Sumatra-Felix, unsortirt Mk. 4,50 | Havana-Ausschuss Mk. 5,00
Ausschuss S 1 3,50 | Ausschuss IIB 5,- | Mexico-Havana 6,-
Cigarillos zu Mk. 1,50 per 100 Stück, hiervon 500 Stück Mk. 7,- franko;
ferner 100 Stück zu Mk. 2,-, 2,50, 3,30, 4,50.
Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.
Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei.
Bei 1000 Stück 5 % Rabatt.
Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.
Cigaretten zu 70 Pf., Mk. 1,-, 1,20, 1,50, 2,-, 2,40, 3,- per 100 Stück
mit oder ohne Mundstück, von 100 Stück an franko.
Für Wiederverkäufer
bewährte Qualitäten zu Mk. 23,-, 25,-, 28,-, 30,-, 33,-, 35,-, 40,- etc. per Mille.
Rauscher & Fabisch, Fabrik-Lager Berlin NW. 7,
Friedrichstraße 94, Hof Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Eine Million
Wangen sammt deren Brust löblich fort
meine Wange-Fluid" in
Fl. 0,50, 1,00, 2,00. Wegen Schwaben
und deren Brust wirkt sicher mein
Schwaben o b - à Schöthel 0,50,
1,00. Nur beim alleinigen Erfinder
Pohl, Drog., Brunnenstr. 157.

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß, für
30 M. f. Sommerpaletots nach Maß,
für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Riesentofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden
Sophastoffe
auch Kasse
in Niss, Damast, Crèpe,
Phantose, Gobelin und
Wischspottbillig! (4971)*
Proben franko!
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin N.,
Emil Lefèvre, Kranenstr.
Nr. 158.

Herren-
Anzug, eleg. etc. nach Maß,
reine Wolle, neueste Muster, zwei
Anproben, u. guten Futterstoffen,
unter Garantie für tadellosten
Sit, für 25-30 M., offerirt
A. Priester,
Lieferant d. Sparvereins Rochth,
sowie Lieferant des Verbandes
Deutscher Beanteten-Vereine,
Grosse Frankfurterstraße 40.

Für 2-3 Mark
Nichte sehr groß, zu Anabenanzügen,
Kasse zu Herrenanzügen, schöne Muster
7-10 M. Für 12 M. f. Christi
auch Romingarneste, Paletot- und
Hosenreife so lange der Vorrath reicht
im Riesentofflager
Krausenstr. 14, I, kein Laden.
Hugo Lehmann **Wuttmannstr. 10**
empfeht sein Weiß- u. Garischier-
Vokal. Vereinszimmer zu 10, 20 und
50 Personen, mit Piano. 44866*

P. Schrader's
ält. Zahnatelier des Nordens
Kochstr. 42, gegr. 1879.
Zahnärztliche Berechtigungen sämt-
licher Krankentoffen, Zahnziehen
mittels Elektricität, Familien-An-
gehörigen der Kr. Kasse Kassenpreise.
Goldabfälle. Gold, Silber, Reht:
gold, Treffen, Platin
kauft die Schmelz-Anstalt Zimmer-
straße 32. 54790*
Arbeitsanzüge W. Fahr
Brunnenstr. 112.